

# Vorwärts

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: pro Nummer 1 Pf. 10, monatlich 30 Pf., vierteljährlich 1,00 Mk., halbjährlich 1,80 Mk., jährlich 3,20 Mk. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Die Insertions-Gebühren**  
 beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Beweise- und Verharmlichungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 12. Juli 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Zentrum und Vatikan.

Die Zentrumsführer befinden sich in einer sehr unbehaglichen Lage, denn die Schell-Commer-Affäre hat eine Wendung genommen, die nicht nur die so sorgsam gepflegte Autorität des deutschen katholischen Klerus und verschiedener Zentrumsführer in den Augen der ihnen folgenden kritiklosen Herde schwer erschüttern muß, sondern auch verschiedene geistliche Oberhirten und Zentrumsblätter vor die Alternative stellt, entweder ihr bisheriges Verhalten Lügen zu strafen, oder sich zu den Befehlen und Wünschen des sogenannten heiligen Stuhles in offenen Widerspruch zu setzen und sich in der perfidesten Weise der Konspiration gegen die katholische Kirche und ihre vorgeblichen heiligen Interessen verdächtigen zu lassen. Das Papstschreiben an den Professor Commer, das wir in dem Leitartikel der letzten Sonntagsnummer näher charakterisierten, hat nicht bloß die Autorität des Erzbischofs von Bamberg und des Bischofs von Regensburg schwer geschädigt, indem es diese geistigen Größen des deutschen Katholizismus der Unkenntnis der katholischen Lehre und des Widerstandes gegen den päpstlichen Stuhl unter verleumderischem Vorwande beschuldigte, es hat zugleich mittelbar das ganze persönliche Ansehen des größtenteils mit diesen beiden „geistlichen Hirten“ einverstandenen deutschen Episkopats gefährdet. Doch damit gibt sich die in Rom herrschende orthodoxe reaktionäre Clique, die den nicht gerade mit allzu großer geistiger Begabung ausgestatteten Papst nach ihrem Belieben lenkt, nicht zufrieden. Wie das Münchener Hauptblatt des bayerischen Zentrums, der „Bayerische Kurier“ zugleich mit den „Münchener Neuesten Nachrichten“ berichtet, wird der Papst die Ordinarie anweisen, sein Schreiben an Professor Commer in den Amtsblättern der deutschen Diözesen zu veröffentlichen. Die genannten Bischöfe sollen also zu einem Opfer des Intellekts, zu einer Selbst-Blöße und Stellung vor ihren Diözesanen gezwungen werden. Sie sollen sich selbst der Unkenntnis der katholischen Kirchenlehre zeihen. Ein nicht gerade angenehmes Annehmen, das hauptsächlich dem ohnehin mit seinen geistlichen Unterwürdigern nicht auf gutem Fuß stehenden Bamberger Erzbischof manche Schmerzen machen dürfte. Zuerst wurde er bei der letzten Reichstagswahl, weil er sich gegen jede Unterstützung der glaubenslosen Sozialdemokratie durch die Schäflein der alleinseligmachenden Kirche ausgesprochen hatte, von einem Teil der Zentrums- und bayerischen Landtagswahl gegen den liberal-katholischen Renommierpfarrer Grandinger wandte, in wenigen Wochen zum Zentrumsopagoden auf, und nun, nachdem er die Anerkennung der Zentrums- und -Unterführer gefunden hat, stellt ihm der in Glaubenssachen unfehlbare Papst das Zeugnis aus, daß er, der Erzbischof, sich in grober Unkenntnis der katholischen Lehre befindet.

Dah dieses Vorgehen des Papstes oder vielmehr der ihn leitenden Clique den politisch weiterblickenden Zentrumsleitern nicht gerade gelegen kommt, ist verständlich, und einige katholische Blätter, darunter vornehmlich die „Kölnische Volkszeitung“, haben sich denn auch gestattet, mit dem pflichtschuldigsten Respekt einige zahme Einwendungen gegen das Verfahren der hierarchischen Sippe vom Collegium Germanicum zu erheben. Doch diese Clique ist wenig geneigt, den politischen Bedenken der Zentrumsführer und ihrer Presse Rechnung zu tragen. Sie läßt schwereres Geschick aufahren und singiert eine Art Komplotte gegen den päpstlichen Stuhl. Als ähneln Anlaß dazu bemüht sie einen an sich ziemlich nebensächlichen Vorgang. Eine Anzahl katholischer Politiker und Gelehrter haben nämlich, unzufrieden mit den albernem Leistungen der Indexkongregation, sich auf eine Anregung aus dem frommen Münster verständigt, eine Bittschrift an den Papst zu richten, um ihn um eine Aenderung der Indexbestimmungen für Deutschland zu bitten. Ein sehr bescheidenes Verlangen; denn die in „tiefer Ergebenheit“ und „vertrauensvoll“ ausgesprochenen Wünsche beschränken sich nach dem Entwurf der geplanten Bittschrift in der Hauptsache darauf, daß die nominelle Indizierung mit rückwirkender Kraft abgeschafft, katholischen Verfassern mitleidiger Schriften vor der Indizierung die Möglichkeit der schriftlichen oder mündlichen Verteidigung gegeben und ihnen eine Frist zur Zurückziehung ihrer Bücher vom Büchermarkt oder zur Unterdrückung der beanstandeten Stellen gewährt wird.

Die hierarchisch-römische Clique aber macht daraus eine Laienbewegung gegen die Autorität des päpstlichen Stuhls, einen Angriff auf den hierarchischen und disziplinaren Organismus des Vatikan, auf die heiligen Traditionen der römischen Kirche usw. Die aus vatikanischen Kreisen geseifte „Corrispondenza Romana“ bringt die schon aufgepumpte Enthüllung, in Deutschland habe sich in aller Stille ein Bund katholischer Laien, eine Art „Katholischer Freimaurerei“, gebildet, die den Zweck verfolge, alle katholischen Laienelemente zu sammeln und alsdann im Bunde mit ähnlichen Genossenschaften des Auslandes dem Papste eine Petition um gründliche Reform des Index zu unterbreiten. Diese Petition solle absichtlich so lahn ge-

halten sein, daß der Papst sie ablehnen müsse, worauf der „Katholische Kulturbund“ (dies der Name des katholischen Freimaurervereins) hervortreten und offen die Verjüngung des Katholizismus proklamieren werde. Der Bund sei nach freimaurerischem Vorbilde organisiert. Er baue sich auf dem System des unüberbrücklichen, absoluten Schweigens auf. Das Organ des Kulturbundes sei die Revue „Hochland“ (eine in München von Karl Rutz herausgegebene Monatschrift), und die Leiter des Bundes seien Baron Hertling, Landtagsabgeordneter Schmieding, Dr. Gompel, Justizrat Hellrath und Universitätsprofessor Schwering. Zugleich bringt der Mailänder „Corriere della Sera“, ein zwar gemäßigtes liberales, aber katholisches Blatt, das oft intime Nachrichten aus dem Vatikan veröffentlicht, folgende Andeutungen über die finsternen Pläne des Hertling-Schwering'schen Geheimbundes:

„Im Vatikan verfolgt man seit einiger Zeit aufmerksam die Spuren eines geheimen Einvernehmens zwischen den verschiedenen Gruppen der fortschrittlichen Katholiken, welche sich um die Namen Tyrrel, Loish, Murri, Schell schären. Es war schon lange ein stummer Kampf zwischen dem Vatikan, der das Komplotte ahnte, ohne daß es ihm gelang, die Fäden in die Hände zu bekommen, und den Führern der Modernen in Italien und im Auslande, die alle Anstrengungen aufboten, dem Argwohn des Vatikan zu entfliehen. Der Verdacht des Vatikan wurde zuerst rege, als der Versuch einer geheimen Organisation unter den französischen Katholiken nachbar wurde, d. h. derjenigen, welche sich dem Trennungsgesetze Clemenceaus und Briand's unterwarfen. Die Unklugheit der Häupter dieses Einvernehmens erfüllte dem Vatikan ihre Strategie, die darin bestand, Namen für eine Bittschrift an den Papst zu sammeln und mit diesen Namen eine zweite geheime Vereinigung zu bilden. Während nun der Vatikan mit der Untersuchung dieser Angelegenheit beschäftigt war, schlug wie eine Bombe die Nachricht von sensationellen Publikationen über ähnliche geheime Umtriebe in Deutschland ein; die ihren Ausgangspunkt in Münster haben und gegen die Indexkongregation gerichtet sind. Das Münster-Komitee hätte die Absicht, einen großen Geheimbund gegen den Index in den Ländern der deutschen und englischen Sprache zu organisieren. Auch es wolle eine Bittschrift an den Papst durch einen Vertrauensmann gelangen lassen.“

Auch der römische „Osservatore“, das Spezialblatt des Vatikan, nimmt den Kampf gegen die Hertling, Gompel, Schwering und ihre hohen geistlichen Gönner auf. In einem heftigen Leitartikel beschäftigt er sich mit der „deutschen Liga“ gegen den Index und sucht die absolute Notwendigkeit nachzuweisen, den Index beizubehalten, der für die Kirche ein wesentliches Mittel sei, ihr Lehramt und ihre Disziplin anzuhängen. In einer Zeit, wo die wissenschaftliche und literarische Produktion sich so mächtig vermehre und so rasch verbreite, sei die Notwendigkeit einer mächtigen Aktion des Vatikan mehr als je fühlbar, um die Reinheit des Glaubens und die Heiligkeit der katholischen Moral gegen die Gefahren, die sie bedrohen, zu beschützen. Wagten doch selbst angeblich katholische Priester und Laien an der Göttlichkeit und an der Auferstehung Christi, an der Jungfräulichkeit der Mutter Gottes und der Ewigkeit der Höllestrafen zu zweifeln.

Dann heißt es bezüglich der Führer der „Liga“, des Freiherrn von Hertling und seiner obengenannten Gefährten, sie wollten in ihrem Hochmut von der Hierarchie und der Autorität der Kirche nichts wissen und spielten sich „frecherweise“ als geistliche Vandalenführer auf, um die Freiheit zu haben, ihre falschen Auffassungen ungestraft zu verbreiten.

Eine Verdächtigung und Abfertigung der an der Sache beteiligten Zentrumsführer, wie sie scharfer und rücksichtsloser kaum gedacht werden kann. Was wird das Zentrum dagegen machen? Wird es sich der Autorität des unfehlbaren „heiligen Vaters“ demütig beugen und das Verdikt, das die vatikanische Clique über seine Führer fällt, als berechtigt anerkennen; oder wird es sich respektvollst zu opponieren gestatten? Bisher beschränkt sich die Zentrums- und bayerische Presse darauf, die Existenz des angeblichen „Laienbundes“ nach freimaurerischem Vorbilde zu bestreiten. Selbst die „Köln. Volksztg.“, die so oft die Unabhängigkeit des deutschen Zentrums von den römischen Direktiven zu rühmen wußte, wagt auf die heftigen, verleumderischen Angriffe der aus dem Vatikan inspirierten Presse nur mit den Worten zu antworten: „Das ist im wesentlichen dieselbe Konstruktion wie in der Corrispondenza Romana, aber ins Unförmige weiter verzerrt und aufgebauscht.“ Affessor Gompel wird sehr erstaunt sein, aus dem Corriere zu erfahren, was er alles geplant hat! Allen Anschein nach stehen wir erst am Anfang einer großen Deje. Die deutsche katholische Presse hat allen Grund, diese Stimmungsmache mit kühlster Ruhe abzuweisen. Weiter als zur Empfehlung „kühlster Ruhe“ reicht auch bei diesem Blatt der Rat nicht.

Zu einer energischen Abwehr wird sich das heutige Zentrum auch schwerlich aufschwingen. Es hat längst seine einstige demokratisch-oppositionelle Kraft verloren. Das Ende vom Liede wird die läbliche Unterwerfung sein — selbstverständlich unter

den obligaten nichtsagenden Verlaufsulierungen und Verwahrungen. Kann das Prinzip nicht gewahrt werden, dann muß doch wenigstens das Decorum gewahrt bleiben.

**Druckfehlerberichtigung.** In unserem gestrigen Leitartikel: „Wilow's Sozialpolitik“ muß wie der aufmerksame Leser wohl selbst gefunden hat, der letzte Satz des vorletzten Absatzes lauten: „Nun, da Wilow anfängt, sich mit Sozialpolitik zu befassen, schlägt er zuerst das tot (nicht „vor“), was seine Blodskreunde in die Besen hineingebracht haben.“

## Wofür der preussische Staat kein Geld hat!

Seit mehreren Jahren tritt in Deutschland die Genickstarre epidemisch auf. Während sie anfangs im schlesischen Industriebezirk vornehmlich im rheinisch-westfälischen Industriebezirk bedrohlich ausgebreitet. Diese Epidemie hat infolgedessen einen bössartigen und gefährlicheren Charakter angenommen, als sie in diesem Jahre auch im Juni noch keinerlei Rückgang erkennen ließ, während sie früher als Winterkrankheit auftrat, die mit der rauhen Jahreszeit einsetzte und im März und April ihren Höhepunkt erreichte.

Nach dem Bericht des Medizinalrats Dr. Springfeld waren im vorigen Jahre von der unheimlichen Epidemie hauptsächlich Görde und Dortmund-Land heimgesucht worden, während sie im Jahre 1907 hauptsächlich in Berne, Wanlau und Gelsenkirchen ihre Opfer forderte. Die Zahl der Erkrankungen, die, wie bemerkt, in diesem Jahre auch im Juni keinerlei Abnahme zeigten, betrug:

Stand der Erkrankten:	im Jahre 1906	1907 bis 1. Juni
	Summa:	Summa:
Bergleute . . . . .	147	297
Fabrikarbeiter . . . . .	31	46
Landwirte, Gärtner, Erdbauer . . . . .	17	13
Hauswerker . . . . .	27	32
Gastwirte, Nahrungsmittelhändler . . . . .	5	20
Verkehrspersonen . . . . .	16	19

Die Epidemie hat also nicht nur einen bedrohlichen Umfang angenommen, sondern auch die Verbreitung der Krankheit unter den Gastwirten, Nahrungsmittelhändlern und Verkehrspersonen stellt eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die Weiterverbreitung der Krankheit dar, die ohnehin durch die starke Fluktuation der proletarischen Bevölkerung gegeben ist.

Gleichwohl vertritt man im Kultusministerium, dem ja neben den Schul- und geistlichen Angelegenheiten auch die Medizinalangelegenheiten unterstehen, die unbegreifliche Ansicht, daß von einer besonderen Gefahr der Verfeuchung keine Rede sein könne!

Aber die Angelegenheit hat noch eine besondere Seite. Die Ärzte vertreten auf Grund eingehendster Beobachtungen den Standpunkt, daß die Verbreitung der Krankheit nicht nur von den Erkrankten ausgehe, sondern auch von völlig gesunden Personen, bei denen man in zahlreichen Fällen das Vorhandensein des Krankheitserregers, des Meningokokkus, auf der Rachenschleimhaut gefunden hat, häufig freilich erst nach wiederholten sorgfältigen Untersuchungen. Fast stets sind — nach Springfeld und dem Kreisarzt Dr. Stähler — in der Umgebung Erkrankter solche gesunde Kollenträger festgestellt worden, von denen ihrer Umgebung Ansteckungsgefahr droht. Die Ärzte des verfeuchten Gebiets sind nun der Ansicht, daß auch diese gesunden Krankheitsträger isoliert und behandelt werden müßten, sofern man wirklich eine Unterdrückung der Seuche erhoffe. Diese Isolierung und Behandlung der gesunden Kollenträger aber ist in erster Linie eine Frage des Geldes!

Die Krankenkassen weigern sich, diesen Gesunden Krankenunterstützung zu zahlen, da eine Unterstützungsspflicht Arbeitsfähiger nicht bestehe. Man kann die Kollenträger, die ja fast ausschließlich Unbemittelte sind, aber nicht zwangsweise einsperren und ihre Familien dem Elend preisgeben! Man konnte das auch schon deshalb nicht, weil das Landesgesundheitsgesetz, wie Springfeld hervorhebt, keine Handhabe zur Anwendung eines Zwanges gibt. Man mußte sich also bisher damit begnügen, die sich freiwillig dazu erbietenden Kollenträger zu isolieren; die anderen mußte man „laufen lassen“, obwohl „theoretisch und praktisch erwiesen“ war, „daß sie unter allen Umständen gefährlicher sind als Geistesranke.“

Man sollte meinen, daß es unter solchen Umständen der preussische Staat für seine selbstverständliche Pflicht gehalten hätte, unverzüglich mit den nötigen Mitteln einzuspringen, denn den Provinzial- und Kommunalverbänden kann man doch derartige Lasten nicht zumuten. Aber der preussische Staat sieht der verhängnisvollen Entwicklung der Dinge, der drohenden Verbreitung der Seuche zu, ohne etwas zu tun. Das Kultusministerium begnügt sich mit Beschuldigungserklärungen, und auch die ihm beigegebene Deputation für das Medizinalwesen scheint die Verfeuchung der Industriebezirke für keine allzu belangreiche Sache zu halten!

Wie lange soll dieser sträfliche Leichtsinns noch fortbauern? Die Ausgaben des preussischen Staates für Medizinalwesen belaufen sich — bei einer Gesamtausgabe von fast drei Milliarden Mark! — auf ganze fünf Millionen Mark! Wäre es da zuviel verlangt, wenn der Staat endlich einmal ein paar Millionen auswirft, um die Isolierung der gesunden Kollenträger zwecks Abtreibung der Kollen zu ermöglichen?

Aber freilich, die Genidstare gilt ja als Proletariatkrankheit, als „Schmutzkrankheit“. So lange die besitzenden Klassen sich nicht selbst bedroht fühlen, ersieht ihnen die Gefahr übertrieben!

Die nichtbesitzende Klasse aber fordert, daß endlich energische Maßnahmen gegen die tödliche Proletariatkrankheit ergriffen werden. Wenn man für die Kolonialpolitik Milliarden verpulvert, wenn Preußen für die polnische Anti-Raninchen-Politik Hunderte von Millionen vergeudet, werden ja wohl auch ein paar Millionen zur Durchführung dringender gebotener hygienischer Maßnahmen aufzubringen sein!

## Russisch-französische Verstimmungen.

Paris, 6. Juli. (Fig. Ver.)

Schon seit einiger Zeit war zu merken, daß zwischen der zarischen Regierung und der Republik nicht mehr alles beim Alten ist. Nach der letzten Rede Bidons meinte der in diesen Dingen sehr feindsichtige „Temps“, es sei doch zu bedauern, daß der Minister bei Besprechung der durch die neuen Verträge geschaffenen Lage nicht die Allianz mit Rußland erwähnt habe, denn wenn sie auch mit dem Gegenstand der Rede nichts zu schaffen hätte, so höre man doch immer gern von ihr, da sie — ungeachtet der neueren Freundschaften — die tragende Säule der französischen Auslandspolitik bleibe! — Seit diesem fragenden Seufzer des Blattes der Großbanken ist nun ein Wölchlein am Himmel des Zweifels sichtbar geworden. Die Veranlassung hat ein Artikel der „Kowoje Wremja“ über das Verhältnis von Rußland und Frankreich gegeben oder eigentlich die Antwort darauf, die die „Rossija“ veröffentlichte. Das letztgenannte Blatt hatte schon vor einigen Tagen, bei Besprechung der französisch-deutschen Beziehungen, einige gereizte Bemerkungen gegen die französische Diplomatie gemacht und insbesondere betont, daß die finanzielle Beteiligung Frankreichs an der Vagabundbahn „dem Spargapital der französischen Demokratie teuer zu stehen kommen würde“. Der letzte Artikel des Blattes nun schlägt noch schärfere Töne an: Frankreich, so heißt es dort, sei durch seine finanzielle Situation genötigt, dem Ausland Geld zu leihen. Unter diesen Bedingungen könne es keine bessere Anlage finden, als in russischen Werten. Wenn es Rußland Geld leihe, sei das ein gutes Geschäft und keine Wohlthatigkeit! —

Das scheint auf den ersten Blick die Sprache eines hochmütigen Bettlers zu sein, aber hört man genau hin, so hört man die Drohung des Erpressers heraus: Frankreich soll sich nicht unterwerfen, sein Geld für die bevorstehende russische Anleihe zu verweigern; denn Rußland hat Frankreich in der Hand, und seine Bundesgenossenschaft soll noch weiter bezahlt werden. Frankreich soll auch nicht glauben, der „Allierte“ werde nach dem Zusammenbruch seiner Militärmacht billiger zu stehen kommen. Als Freund mag er Frankreich wenig zu bieten haben, als Feind aber hat er eine fürchterliche Waffe in der Hand: — den Bankrott!

Was aber dem Artikel eine ganz besonders erste Bedeutung gibt, das ist der Umstand, daß die „Rossija“ das Organ Stolypins ist! Die Pariser Börse hat denn auch gestern unter diesem Eindruck einen Kursfall der russischen Rente von 1008 zu verzeichnen gehabt. Das auswärtige Amt aber verendet durch die von ihr zu halbhoftigen Rundgebungen benutzte Korrespondenz „Information“ eine Notiz folgenden Wortlauts:

„In den politischen Kreisen Frankreichs zeigt man sich unangenehm berührt von den Polemiken, die dem Artikel der „Kow. Wremja“ gefolgt sind. Man glaubt, daß auf diese Weise der Artikel eine Wichtigkeit bekommt, die er nicht hatte. Und man ist besonders über den Artikel der „Rossija“ erstaunt, die im Ansehen steht, Mitteilungen des Herrn Stolypin zu empfangen. Es wird darin gesagt, daß Frankreich nicht einen Akt der Wohlthatigkeit geübt, sondern ein vorteilhaftes Geschäft gemacht habe. Man ist der Meinung, daß eine solche Konstatierung absolut überflüssig war, da kein französisches Blatt die Theie von der Wohlthatigkeit aufgestellt hat. Man gibt den Zwischenfällen nicht eine Wichtigkeit, die sie nicht verdienen, aber man erkennt an, daß der Augenblick gekommen ist, die notwendigen Bande, die Frankreich und Rußland vereinigen, enger zu knüpfen, und man fragt sich bei diesem Anlaß, ob unser jetziger Vertreter in Petersburg, Herr Combar, der Herr der Situation ist, ob er sich nicht in ungezügelter Einnischung einseitigen Kompromittiert und ab er noch die nötige Autorität hat.“

Die Maßregelung Combars, der als persona gratissima am Barenhofe gepolten hat, zeigt, daß das Verhältnis der beiden Regierungen in ein kritisches Stadium gelangt sein muß. Das Clemenceau Herrn Combar nicht gerne auf seinem Posten gesehen hat, war kein Geheimnis, aber daß dieser unter so aufsehenerregenden Umständen abberufen werden würde, das war freilich nicht vorauszusehen. Der Stun des Communiqués ist im übrigen noch recht dunkel. Wenn Herr Combar „unzeitgemäße Einnisungen“ zur Last gelegt werden, die die Bande zwischen dem Zarentum und der Republik gelockert haben, so könnten nur Vorstellungen anlässlich des Staatsstreiches gemeint sein. Finden die Herren Clemenceau und Bidon diese „unzeitgemäß“? — Nun, bei den beiden Herren würde schon nichts mehr in Erstimmen liegen. Warum aber dann der beleidigend heftige Ton gegen das stolypinsche Blatt? Allerdings, auf die Tonart kommt es dem Russen im Grunde genommen so wenig an wie auf die Person des Vorkämpfers. Was bei ihm die „nötige Autorität“ hat, ist einzig und allein das bare Geld. Die Herren Clemenceau und Bidon werden ihm Auslauf vorüber geben müssen, wie sie sich zur nächsten Anleihe stellen. Es genügt nicht, daß sie bestreiten, den russischen Geschäftsführer die Eigenschaften des „guten Geschäfts“ abgeprochen zu haben, sie müssen ein neues „gutes Geschäft“ machen.

Wie einst die Sache hier genommen wird, geht übrigens nicht aus dem hervor, was darüber gesagt, sondern aus dem, was nicht gesagt wird. Der vom auswärtigen Amt inspirierte Angriff der „Information“ gegen das stolypinsche Verborgene und die darauffolgende Mitteilung über die Abberufung Combars ist nämlich von der Presse — mit Ausnahme der „Gumanität“ — nicht abgedruckt worden! Das besagt freilich zunächst, daß die Großbanken den von ihnen beherrschten Blättern verboten haben, von der Erklärung Notiz zu nehmen, die auf den ohnehin findenden Kurs der russischen Papiere ungünstig gewirkt hätte. Bekanntlich ist ja die ganze Pariser Tagespresse ohne Unterschied der Partei — mit Ausnahme der „Gumanität“ — von den finanziellen Hütern der zarischen Regierung bestochen, und die Blätter, die heute überhaupt über die Allianz sprechen, gehen auch über den Artikel der „Rossija“ mit Stillschweigen hinweg und beschäftigen sich mit dem doch weit weniger wichtigen der „Kowoje Wremja“, dessen geringe Bedeutung sie mit Berufung auf das Zeugnis ausländischer Blätter betonen. Der „Temps“ bringt einen langen Auszug, aus dem hervorgeht, daß das russische konservative Blatt vor allem die „Debororganisation“ der französischen Armee und die Fortschritte des Antimilitarismus als Folge der Demokratisierung hingestellt hat! Die Anklage der „Entwertung der Armee“ nimmt sich aus dem Munde eines Anhängers der unbefruchteten russischen Autokratie nicht übel aus. Der Journalismus hat die russische Armee denn doch noch ganz anders zugerichtet, als die Bourgeoisdemokratie die französische, und die mandchurischen Niederlagen sowie die wiederholten Amereerevellen in Rußland zeugen wohl eine bedeutendere

Schwächung der Wehrkraft an als die Weigerung französischer Soldaten, der Fälligkeit ihrer Landbesitzer und Verwandten zuzusehen oder gar noch dabei mitzuhelfen.

Von den übrigen Beschwerden der „Kowoje Wremja“ verdient nur noch eine einzige Beachtung, die besagt, daß man in Paris russische „Anarchisten“ wohl verhafte, aber ihre Papiere der russischen Polizei nicht anlieferen! Man weiß, daß die Clemenceaue Polizei es an Brutalität gegen „verdächtige“ Russen nicht fehlen und daß sie auch den zahllosen russischen Spionagen in Paris freies Spiel läßt. Immerhin ist es richtig, daß sie bis zur deutschen Schande des Helferdienstes für die russische Polizei noch nicht herabgefallen ist.

Während die bestochenen Blätter das Communiqués der „Information“ toschweigen, finden einige eine „Bestätigung der ungetriebenen Fortdauer der russischen Allianz“ darin, daß in den nächsten Tagen zwei Generale der beiden Armeen — wie alljährlich — zur Besprechung armerikanischer Angelegenheiten zusammenkommen! Der Trost ist recht wohlfeil; denn die Abhaltung dieser Konferenz bedeutet nur, daß die Allianz nicht förmlich aufgelöst ist — was auch niemand geglaubt hat —, aber nicht, daß ihre einstige Existenzbasis, die Gemeinschaft der militärpolitischen Interessen, noch andauert, jene Gemeinschaft, die ja einzig durch die Macht finanzieller Erpressung erzeugt worden ist.

## Politische Ueberflucht.

Berlin, den 11. Juli 1907.

### Ein Theoretiker der Bescheidenheit.

Herr Raumann, der einstige nationalsoziale Weltreiserer, verfällt immer mehr einem jämmerlichen politischen Quänetismus. Als der Freisinn mit Saal und Pack ins reaktionäre Lager abschwante, um — angeblich — dadurch dem liberalen Fortschritt eine Gasse zu bahnen, schnürte der bis dahin intimste Waffengefährte Raumanns, Herr Theodor Barth, ein gewidert von solch politischer Selbstmordmanie, sein Bündel, um übers Meer zu gehen. Herr Raumann aber gab bis heute jeder neuen freisinnigen Jämmerlichkeit, jedem Prinzipienverrat, jeder Leisetreterei seinen Segen. Und heute gar singt er einen wahren Hymnus auf die freisinnige Selbstkastration, indem er die Bescheidenheit für die höchste politische Tugend und das fruchtbarste Prinzip des Liberalismus erklärt. Er schreibt in seiner „Hilfe“:

„Es ist der Liberalismus, um dessen willen die Frage der preussischen Wahlrechtsreform aufgestellt werden soll, der Liberalismus und nicht die Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie hat gegenüber dem preussischen Landtagswahlrecht nichts auszurichten vermocht, obwohl sie am meisten unter ihm leidet, da sie im Landtag überhaupt nicht vertreten ist. Es gelingt ihr kein Sturm des Volkes gegen das schlechteste aller Wahlssysteme, weil das Volkinteresse für den Landtag eben infolge dieses Wahlsystems fast völlig erloschen ist. Zwischen dem jetzigen Landtag und der Mehrheit der preussischen Staatsbürger besteht überhaupt kein inneres Verhältnis, nicht einmal das des Jornes. Diese Gleichgültigkeit ist der Grund, weshalb die sozialdemokratische Methode hier völlig versagt. Erst muß der Landtag etwas Lebendiges werden, ein Körper von Fleisch und Blut, eine Gesellschaft, die nicht bloß Geldsacks- und Wahlkreisvorrechte vertritt, ehe überhaupt die preussische Verfassung irgend eine Art von politischer Teilnahme für sich gewinnen kann. Das aber heißt mit anderen Worten: da ein großer Sturm gar nicht zu machen ist, muß jeder Schritt breit Landes einzeln erkämpft werden. Das ist die Methode des Liberalismus, um bereitwillig er von der Sozialdemokratie fast täglich geschmäht wird, mit der er aber immer noch mehr für die Bevölkerung tut als der reine Marxismus, der alles haben will oder nichts und deshalb sich selbst für die Gegenwartspolitiker ausschaltet.“

Natürlich kann kein Reich vorher sagen, ob die vereinigten Linksliberalen die Vorlage annehmen werden oder nicht, so lange die Regierungsvorlage nicht existiert. Es ist viel Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß die erste Vorlage so weit entfernt sein wird vom Mindestmaß dessen, was der Liberalismus fordern muß, daß er die Verantwortung für ihre Verwirklichung anderen Parteien überlassen muß, um selber für die weitere Verbesserung des Wahlrechts kämpfen zu können. Aber selbst wenn die Sache so läuft, so bleibt es dennoch ein Verdienst des Liberalismus, die Wahlrechtsfrage überhaupt in Fluß gebracht zu haben, und bleibt doch wahr, daß jede prinzipielle Änderung, und sei sie auch ungenügend, die Zukunftsaussichten bessert.“

Herr Raumann erwartet also selbst ungenügend wenig von der neuen Wahlrechtsvorlage. Er glaubt augenscheinlich selbst nicht an die Preisgabe des Klassenwahlrechts und der öffentlichen Stimmabgabe — also gerade an solche Reformen, an denen das Proletariat interessiert ist. Denn ob Nationalliberale und Freisinnige ein paar Mandate mehr erhalten, ist dem Proletariat um so gleichgültiger, als der Freisinn sich zum Wettgenossen des ostelbischen Junkertums entwürdigt hat und in Wirklichkeit nur noch eine verächtliche Spielart des Nationalliberalismus darstellt. Das allgemeine und gleiche Wahlrecht aber wird — und wenn der Freisinn noch zehnmal bescheidener und antiliberaler wird — dem Volke niemals als Gnadengeschenk in den Schoß fallen, es wird unter allen Umständen von den entrechteten Massen erkämpft werden müssen!

Ein feiger Täuschungsversuch aber ist die Behauptung Raumanns, daß wegen der Gleichgültigkeit der Massen einwillen überhaupt kein Sturm des Volkes gellinge. Die sozialdemokratischen Frühjahrsdemonstrationen des vorigen Jahres bewiesen gerade das Gegenteil! Nur hat der Freisinn sich von diesem Volkssturm nicht nur geflissentlich ferngehalten, sondern die proletarische Protestbewegung sogar noch nach Kräften zu durchkreuzen, zu diskreditieren, zu verkleinern und zu beschimpfen versucht. Und dann behauptet solch ein Freisinnslücker, es gellinge ja doch kein Sturm des Volkes!

Der „reine Marxismus“ weiß natürlich ganz genau, daß sich die stärkste Feste der preussisch-deutschen Reaktion, die Dreiklassensystem, auch durch die stürmischste Volkskundgebung nicht im Handumdrehen hinweglegen läßt. Aber er weiß auch, daß alles liberale Gefäusel der trotigen, um die Fortexistenz ihrer Privilegien kämpfenden Reaktion erst recht keine wirkliche Reform des Wahlrechts abschmeckelt, sondern daß nur die Aufrüttelung und Kampfesformierung der entrechteten und ausgebeuteten Volksmassen die Herrschenden zur Herausgabe der vorenthaltenen Volksrechte zu zwingen vermag.

Mag der Liberalismus sehen, wie weit er mit der Politik der Entsagung, der zum Prinzip erhobenen Bescheidenheit kommt; das Proletariat verläßt sich auf seine Kraft und seine Kampfesenergie!

## Freisinniger Kuhhandel.

Die „Deutsche Tages-Zig.“ erhält von einem „Freisinnigen in der Provinz“ eine niedliche Epistel, die sie als Leitartikel abdruckt.

Zunächst beschwichtigt dieser originelle Bewußtseinsmahner der Regierung das eigene liberale Gewissen. Posa, heißt es da, habe ja „in der Sozialpolitik viel gelernt und geleistet“, allein er habe doch auch die Fuchtsausvorlage eingebracht und sei außerdem auch Hauptmittelschlichter des neuen Zolltarifs gewesen. Daß Kälber sich erst kürzlich die Grabstiftung hier liegt ein agrarischer Kanzler“ bestellt hat, weiß der gute Mann offenbar nicht! Jedenfalls meint er, dem konservativen Nachfolger Pofas braucht der Liberalismus noch durchaus nicht mit Mißtrauen zu begegnen!

Dann aber rückt der freisinnige Provinzler mit seinem Kuhhandel-Vorschlägen heraus. Begünstige man die Agrarier durch Schutzzölle, so möge man doch wenigstens dem industriellen und Handelskapital durch Neueinteilung der Wahlkreise in Preußen entgegenkommen. In eine „vollständige Erfüllung liberaler Forderungen sei natürlich nicht zu denken“, man verlange nur „innerhalb der Volkspolitik angemessene Berücksichtigung“. Die nichtbesitzende Klasse mag sehen, wo sie bleibt!

Offenherziger kann man das Handelsgeschäft nicht diskutieren. Wenn nur die liberalen Kapitalisten einige Konzessionen erhalten, willigt der Freisinn gern in jede agrarische und sonstige Ausplünderung der Massen, verschmäht er freudig das Erstgeburtsrecht der Massen gegen das Ansehergericht einer Neueinteilung der Wahlkreise!

## Agrarischer Hohn.

Ueber die Aussichten auf eine preussische Wahlreform sagt die „Deutsche Tages-Zeitung“:

„Das neben diesem Ueberflucht an Beratungsstoff noch die Frage einer Wahlreform den preussischen Landtag schon im kommenden Winter beschäfftigen könnte, glaubt wohl im Herzen niemand mehr. Wir möchten annehmen, daß überhaupt kein preussischer Staatsmann so bald ohne Notigung das heilige Eisen einer solchen Reform ansetzen wird; und ob die sächsischen Vorgänge dazu reizen werden, die staatspolitische Weisheit des quista non movere auf diesem Gebiet außer acht zu lassen, kann man wohl einstweilen bezweifeln. Man soll das Prophezeien in der Politik möglichst vermeiden. Aber daß dieser Landtag noch in die Lage kommen könnte, positive Arbeit in dieser Frage zu leisten, halten wir für ausgeschlossen, und was etwa nachher geschieht, darüber liegt kein Anlaß vor, sich jetzt schon in Kombinationen und Sorgen zu verzehren.“

Herr v. Soden telegraphierte, wie kürzlich in München wieder angegraben wurde, einmal nach Berlin: „Alles ruhig, nur nicht Engen Wolf.“ In den letzten Wochen hätte man oft genug von Berlin aus telegraphieren können: Alles ruhig, nur nicht die linksstehende Presse. Vielleicht sieht sie jetzt doch ein, daß es zurzeit selbst im Haag interessanter zugeht als in Berlin; und daß zu ernsthaften politischen Diskussionen wohl kaum eher eine Notigung vorliegen wird, als bis der erste Saum gefallen ist.“

Der Schlußsatz, der auch in der „Deutschen Tages-Zig.“ selbst gepostet ist, ist wohl etwas symbolisch gemeint! —

## Die Nationalliberalen und die Vanderolensteuer.

Die Finanzlage des Reiches drängt zum „Abschluß der Reichsfinanzreform“, das heißt zur Erschließung neuer Steuerquellen und zwar hauptsächlich die Kapitalisten, besonders der Großgrundbesitzer, entspricht, die erforderlichen Mittel nicht durch eine Reichseinkommen- oder durch eine Erbschaft- oder durch eine Erhöhung der Reichserbschaftsteuer zu beschaffen, sondern durch schärfere Heranziehung des Tabaks und Wieres zur Steuer. In erster Linie scheint eine Vanderolensteuer auf Zigarren geplant zu sein. Die „Germania“ hat darauf hingewiesen, daß gegen diese Steuer von den Nationalliberalen wenig Widerspruch zu erwarten sei. Dazu bemerkt die „Nationalliberale Korrespondenz“:

„Von parlamentarischer Seite wird uns mitgeteilt, daß die Vermutung, welche die „Germania“ ausdrückt, der Begründung entbehrt. Die jetzige nationalliberale Reichstagsfraktion ist noch weniger geneigt, einer Vesteuerung der Zigarrenfabrikation und des Zigarrenkonsums beizustimmen, als es die Reichstagsfraktion der verflochtenen Legislaturperiode war. Eine derartige Vorlage der verbündeten Regierungen wäre ebenso aussichtslos wie eine Inzerten- und Reformsteuer, falls eine solche in dem Kopfe irgend eines Finanzministers spulen sollte. Im übrigen wird es richtig sein, die Frage einer zweiten Reichsfinanzreform in der kommenden Reichstagsperiode überhaupt nicht zu behandeln, sondern zunächst eine weitere Klärung über die Ergebnisse der ersten Reichsfinanzreform abzuwarten, mittlerweile haben die Parteien Veranlassung und Zeit, sich ihrerseits damit zu befassen, wie der Finanznot des Reiches abzuhelfen ist.“

Recht schon. Nur erscheint es recht fraglich, ob diese Auffassung bei den eigenartigen Prinzipienpolitikern des Nationalliberalismus vorhalten wird. —

## Knoten-Derfel kneift.

Dem Dertelblatt wird jetzt selbst vor seiner staatsbehaltenden Winterarbeit lange. Hatte es gestern noch seine Diebstahlverdächtigungen höchster Reichsbehörden aufrecht erhalten und höchstens die zweite Möglichkeit zugegeben, daß der Kolliedie, der feinerzeit auf die Petersliste hereinzieht, die abogruppen Kredit-Papiere deshalb gestohlen haben könnte, um sie an das auswärtige Amt zu verhöfeln, so spielt es heute den Harmlosen. Es habe keine Verdächtigungen gar nicht so gemeint gehabt. Und wenn sich der Kreditdieb von einer Verhöfelerung der Kredit-Papiere ein Geschäft verprochen habe, so habe er sicherlich nur an den — „Vorwärts“ als Kontrahenten gedacht.

Da müssen wir uns wirklich des Spießbüßen annehmen. So du mm könnte höchstens ein der Redaktion der „Deutschen Tages-Zeitung“ Entsprungener sein, dem „Vorwärts“ Kienfide auszubieten, in denen die Tendenzen der Peters und Kredit in beuglicher Beleuchtung erstrahlen! —

## Christliches Gewerkschaftsideal.

In den Vereinigten Staaten von Amerika hat der „Kampf zwischen Arbeit und Kapital“ vielfach eine recht wenig erfreuliche Wendung genommen. Die Gewerkschaften suchen die Löhne ihrer Mitglieder nicht dadurch zu steigern, daß sie die Unternehmer zwingen, auf Kosten ihrer hohen Profite die Arbeitslöhne zu erhöhen, sondern sie suchen die Löhne und Unternehmerverbände in dem Bestreben, ihre Preise möglichst hoch zu treiben und hoch zu halten, in jeder Weise zu unterstützen, falls ihnen nur die Gewähre geboten wird, daß ihnen von dem dadurch erzielten Mehrerwerb ein kleiner Anteil in Gestalt erhöhter Löhne oder sonstiger Vergünstigungen zufällt. Mit anderen Worten: Unternehmer und Gewerkschaften schließen gewissermaßen einen Pakt zur Schröpfung der Konsumenten. Diese schöne Methode der Harmonieherstellung zwischen Arbeit und Kapital scheint auch den Leitern des Gewerkschaftsvereins Christlicher Bergarbeiter als Ideal vorzuschweben; denn in ihrem letzten Geschäftsbericht heißt es wörtlich:

„Auch in der Verichtszeit hat sich der gute, mähigende Einfluß des Kohleninduzats wieder gezeigt. In der früheren indikatlosen Zeit schnellten die Kohlenpreise in den Jahren der Sozialkämpfe ganz gewaltig in die Höhe, um bei eintretender Krisis ebenso schnell zu fallen. Seit seinem Bestehen hat das

Syndikat eine feste Preispolitik verfolgt, ein zu tiefes Sinken der Preise in den Zeiten der Krise und ein plötzliches gewaltiges Emporsteigen in den Jahren der Konjunktur verhindert. Es wird von der Geschäftswelt und dem gesamten Mittelstand, selbst in den Industriebezirken, über die hohen Kohlenpreise geschimpft. Man bedauert zu wenig, daß fast die ganze Bevölkerung in den Industriebezirken ein Interesse an einer auskömmlichen Entlohnung der Arbeiter hat, und diese auf die Dauer nur möglich ist, wenn auch die Industrie mit entsprechenden Gewinnen arbeitet."

### Schutz der Zeugen und Angeklagten gegen Verleumdungen.

In einer Verhandlung vor der Strafkammer in Lübeck hatte sich am 20. April der Richter Wagner wegen angeblichen Verstoßes gegen allerlei Gesetze durch Streitpostenstehen zu verantworten. Der in Lübecker Arbeiterkreisen durch den Spitznamen Drausewetter gekennzeichnete Präsident des Landgerichts, Dr. Hoppenstedt, leitete die Sitzung. Hierbei bediente er sich mehrerer als Verleumdung zu qualifizierender Redewendungen. So fragte er den Angeklagten Wagner, ob er nicht gewußt habe, daß Kriminalbeamte auf dem Bahnhof seien. Als der Gefragte, der erst seit drei Tagen auf dem Bahnhofe Posten stand und vorher längere Zeit von Lübeck abwesend war, mit „Nein“ antwortete, brauchte der Vorsitzende auf: „Nein? Lügen Sie nicht; das ist ja unerhört, so das Gericht zu belügen. Gewiß haben Sie das gewußt.“ Auf die Frage des Verteidigers, wie lange Wagner am Orte sei, antwortete dieser, daß das seit einigen Tagen vor dem Zwischenfall auf dem Bahnhofe der Fall wäre. Da fuhr der Präsident wieder auf: „Das ist ja unerhört, das ist ja eine bewußte Irreführung des Gerichts. Nein, eine solche Täuschung ist mir noch nicht vorgekommen. Schämten Sie sich!“ Der völlige Mangel an Unparteilichkeit des Präsidenten Dr. Hoppenstedt trat in derselben Verhandlung auch einem Zeugen gegenüber zu Tage.

Ein als Zeuge vernommener streifender Holzarbeiter behauptete, daß die Streifbretter von den Arbeitgebern unter Vorpiegelung falscher Tatsachen nach Lübeck gelockt wurden. Der Vorsitzende unterbrach den Zeugen mit der im scharfen Tone gemachten Bemerkung: „Na, hören Sie mal, Sie sind hier nicht in einer Volksversammlung. Sie sind hier nicht Advokat einer Partei. Sie stehen hier unter Ihrem Eide. Sie machen hier überhaupt nicht den Eindruck, als wenn Sie unter allen Umständen der Wahrheit die Ehre geben wollen.“

Wegen dieses Benehmens strengte Wagner und der Zeuge durch den Rechtsanwält Dr. Herz eine Privatverleumdungsklage gegen den den Präsidenten Hoppenstedt an. Das Amtsgericht und dieser Tage auch das Landgericht lehnten jedoch die Erhebung der Klage mit der Begründung ab, daß die von Hoppenstedt gebrauchten Zeußerungen zwar beleidigend seien, daß der Landgerichtspräsident jedoch in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt und die Absicht der Verleumdung nicht gehabt habe. Diese Entscheidung greift fehl, da der Präsident die beschimpfenden, beleidigenden Redewendungen keineswegs zur Wahrnehmung berechtigter Interessen angewendet, denn er hat kein berechtigtes Interesse Zeugen und Angeklagte zu beleidigen. Das traurige Vorrecht, zu schimpfen und zu beleidigen, gibt das Gesetz dem Richter keineswegs. Die Form der präsidialen Apostrophierungen läßt überdies die Absicht der Verleumdung klar erkennen. Es wundert uns die Ablehnung der vollauf berechtigten Privatverleumdungsklagen nicht. Ist uns doch erinnerlich, daß ein Berliner Landgerichtspräsident einen Affektor, der pflichtgemäß gegen einen Landgerichtsdirektor (Zimmermann) wegen Verleumdung einer Partei Erhebung der Anklage verweigert hatte, rüffelte, da Verleumdungslagen gegen Richter wegen ihres Verhaltens Parteien oder Zeugen gegenüber nach Ansicht des Präsidiums, der übrigens im Geruch liberaler Annahmen stand, von vornherein abzuweisen seien. Der Lübecker Fall beweist aber einmütig, wie notwendig ein Schutz der Angeklagten und Zeugen gegen Verleumdungen seitens des Gerichts ist.

### Sprachenkrieg in Lothringen.

Der Oberschulrat verfügte, daß in den lothringischen Gemeinden Hoch-Normandie, Deutsch-Loth, Fentisch und Aneutungen in den Schulen die deutsche Sprache als Unterrichtssprache einzuführen sei, da die Zahl der französisch redenden Kinder nur 15 Proz. betrage. Gegen diese Verfügung hat sich, Herikalen Blättermeldungen zufolge, in allen Gemeinden ein Sturm der Entrüstung erhoben. Sie erwarten, daß der Vertreter des Reiches im Reichstage, de Wendel, seinerzeit eine entsprechende Interpellation einbringen wird. Es sei nicht richtig, daß nur 15 Proz. der Kinder der betreffenden Ortschaften französisch sprechen, sondern 33 Proz.

### Amerika.

Zum Prozeß in Idaho schreibt die „New Yorker Volkszeitung“: „Was der Anklage an direktem Beweismaterial fehlte, suchte sie durch Umstandsbeweise zu ersetzen. Welcher Art diese Umstandsbeweise waren, zeigt die Tatsache, daß man aus einem Jahrzehnt der Geschichte der westlichen Arbeiterbewegung jedes Wort oder jede Tat herausgriff, die in irgend einer Weise einen gewissen Charakter zeigten, und diese als Beweis zulegte, selbst dann, wenn, wie es meistens der Fall war, Haywood gar nichts mit den betreffenden Vorgängen oder Aeußerungen zu tun hatte.“

Die Anklage zog auch den Sozialismus in die Beweisführung hinein. Die Verlesung der Artikel aus dem „Miners Magazine“, die Vorführung des Briefes von Genossen Debs, der sozialistischen Beschlüsse der Miners-Federation, der Nebenfrüherer Beamten der Bergarbeiterorganisationen, alles Dinge, die mit dem Fall selbst gar nichts zu tun haben, sollten einzig dazu dienen, bei den Geschworenen ein Gefühl der Gegnerschaft gegen den Sozialisten Haywood wachzurufen, das dann dazu mitwirken sollte, in dem Angeklagten auch den Mörder zu sehen, der schuldig gesprochen werden mußte.

Die Gesetze für Haywood liegt in der Stimmung der Farmergeschworenen gegen die Arbeiterorganisationen. Hätten zwölf Männer aus der Arbeiterklasse zu entscheiden, so könnte nach dem schwächlichen „Beweismaterial“ der Anklage die Verleumdung auf jedes weitere Wort verzichtet. Sie könnte sicher sein, daß William Haywood freigesprochen würde.“

Das „Philadelphia Tageblatt“ schreibt: „Dieser Lump, Herumtreiber, Glückspieler und Wühlgänger Orchard war, wie jetzt erwiesen ist, Spitzel der Mine Owners in Colorado. Seine Verbindung mit den Detektivs Sterling und Scott ist nachgewiesen. Er erhielt selbstverständlich den Auftrag, sich an die Leute von der Federation heranzumachen, sie zu kompromittieren, in jede seiner wirklichen oder erdichteten Untaten irgend jemand von ihnen zu verwickeln und dadurch die Grundlage für die Verurteilung zu schaffen. Die Frage ist nun, ob die Bauerngeschworenen in Idaho durch diese Rationierung sehen können und sich demgemäß verhalten.“

### Aus der Partei.

#### Zum Parteitag.

Die am letzten Sonntag in Döbeln abgehaltene Parteiverammlung für den 10. jährigen Reichstagswahlkreis beschloß einstimmig, dem Parteitag den Antrag zu unterbreiten: die sozialdemokratische Reichstagsfraktion solle in Zukunft nach jeder Reichstagsession eine gedrängte Uebersicht über die Reichstagsverhandlungen und die Stellung unserer Abgeordneten zu den wichtigsten Fragen herausgeben.

### Adressen der deutschen Arbeiterssekretariate.

(Die mit einem \* Bezeichneten sind Sekretariate des Bergarbeiterverbandes.)

- Zentral-Arbeiterssekretariat, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15. T.-N. IV. 4631.
- Aachen, Maurerstr. 46.  
 Altona (S.-A.), Frauenfelsstr. 41.  
 Augsburg, Jesuitenstraße P 408 (Wittelsbacher Hof).  
 Bant, Peterstr. 30.  
 Barmen, Marienstr. 22, I. I.  
 Berlin SO., Engel-Ufer 15 I.  
 Bernburg, Roschwißerstr. 20.  
 Bielefeld, Turnerstr. 45.  
 Bochum, Biemelhauserstr. 40b.  
 Brandenburg a. H., Neustädtischer Markt 2.  
 Braunschweig, Schloß- und Del-schlägerstrassen-Ecke, I.  
 Bremen, Dierstorferstr. 26 I.  
 Bremerhaven, Am Hafen 49.  
 Breslau, Nikolaistraße 18/19.  
 Bromberg, Jakobstr. 17.  
 Cassel, Bildemannstraße 80 I.  
 Cassel, Ph. Hermes, Carlstr. 158c.  
 Chemnitz, Zwickauerstraße 152, Z. Nr. 3350.  
 Coburg, Rosengasse 1.  
 Köln a. Rh., Verigraben 20 I.  
 Cottbus, Burgstr. 29.  
 Grefeld, Klosterstr. 43.  
 Darmstadt, Elisabethstr. 31.  
 Dessau, Kolonienstr. 107.  
 Dortmund, Kieselstr. 5 I.  
 Dresden, Rigenbergstr. 2 III.  
 Düsseldorf, Kasernenstr. 67a.  
 Duisburg, Friedrich Wilhelmstr. 76.  
 Eisenfeld, Robertstr. 8a.  
 Essen, Kirchstr. 20.  
 Forst i. L., Promenade 5.  
 Frankfurt a. M., Stolperstr. 17 p.  
 Freiburg i. Br., Rheinstr. 64.  
 Götting, Theaterstr. 19 part.  
 Gelsenkirchen, Carlstr. 19.  
 Gera (Reich), Alte Schloßgasse 11 I.  
 Gerdorf (Bez. Chemnitz), Rob. Frauenstein.  
 Gladbeck, Kolpingstr. 3.  
 Götting, Langenstr. 31 part.  
 Gotha, Ernterstr. 2 (altes Gerichtsgebäude).  
 Guben, Schulstr. 7.  
 Halle a. S., Herz 42/43.  
 Hamburg I., Behnenbinderhof 57/68 II.  
 Hamm i. W., Ritterstr. 43.  
 Hanau, Mühlenstr. 2.  
 Hannover, Mühlstr. 5.  
 Harburg a. Elbe, Sand 1 I.  
 Hildesheim, Schußstr. 4.  
 Hochheim, Anton Dunler, Prinzstraße 95.  
 Jena, Ernst Otto, Frauengasse 9.  
 Karlsruhe, Kurben 19.  
 Kattowich (D.-S.), Rathausstr. 12.  
 Kiel, Gasstr. 24 partierre.  
 Königsberg i. Pr., Vorderhofgarten 50, Hof I.  
 Kronach, Kirchenplatz 74.  
 Landeshut i. Schl., Gasthof „Zur Sonne“, II.  
 Leipzig, Zeigerstr. 32.  
 Ludenwalde, Karlstr. 56.  
 Lübeck, Johannisstr. 46, part.  
 Lützenich, Rob. Fischer, Kluserstraße 8.  
 Magdeburg, Fürsten-Ufer 6 I.  
 Mainz, Janggasse 13, Hinterh. II.  
 Mannheim, S. 3, 10.  
 Meissen, Poststr. 4.  
 Minden i. W., A. Vizinger, Kampstraße 39.  
 München 1, Baaderstr. 1.  
 Neu-Kruppin, Siechenstr. 1a II.  
 Nordhausen, Barfüßerstr. 12.  
 Nürnberg, Eggenienplatz 23.  
 Oberhausen Abl., Marktstr. 5.  
 Offenbach a. M., Aulstr. 9 II.  
 Osnabrück, Aulstr. 11.  
 Posenheim, Waisenhausplatz 3.  
 Posen, Halbbergr. 19.  
 Recklinghausen\*, Hermerstr. 68.  
 Reimscheid, Kirchhofstr. 1a.  
 Rostock, Döberanerstr. 6.  
 Siegen, Heckerstr. 8 II.  
 Solingen, Kaiserstr. 25.  
 St. Johann - Nassau, St. Johannaerstr. 37.  
 Stettin, Bismarckstr. 9.  
 Straßburg i. E., Fimmatluden 2.  
 Stuttgart, Ehlingerstr. 17/19.  
 Tamm b. Senftenberg, Eisenbahnstr. 7.  
 Waldenburg i. Schl., Friedländerstraße 28.  
 Wiesbaden, Wellstr. 41, II.  
 Worms, Mainzerstr. 19.  
 Würzburg, Oberstr. 11.  
 Wunsiedel, Koppentor 324.  
 Zeitz, Ril. Döcke, Nordstr. 4.  
 Zwickau\*, Ant. Strunz, Richardstraße 15.

Der Provinzialparteitag für Schleswig-Holstein und Lübeck wird am 1. und 2. September in Altona stattfinden.

### Polkzeitliches, Gerichtliches usw.

„Aufreizung“. Wie und ein Privattelegramm meldet, ist gegen den Redakteur des „Hafenarbeiter“, Genossen Grötz, Anklage wegen „Aufreizung zu Gewalttätigkeiten“ erhoben worden.

Wegen angeblicher Verleumdung eines Grubenarbeiters wurde Genosse Stephan Heise von der „Niederhessischen Arbeiter-Zeitung“ im Privatverleumdungsverfahren vom Schöffengericht in Duisburg zu 150 M. Geldstrafe verurteilt. Der Beweis der Wahrheit für die in der „Arbeiter-Zeitung“ enthaltene Kritik konnte nicht erbracht werden, weil der Augen- und Ohrenzeuge der kritischen Handlung inzwischen verstorben ist.

## Aus Industrie und Handel.

### Berlins Fleischkonsum.

Die Ermäßigung der Schweinepreise hat, wie ein Vergleich des Berliner Fleischkonsums im Monat April des laufenden Jahres mit dem gleichen Monat des Vorjahres beweist, eine starke Zunahme des Konsums von Schweinefleisch und zugleich eine Abnahme des Verbrauchs von Kalb- und Hammelfleisch zur Folge gehabt. Nach den Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin wurden in den städtischen Schlachthäusern im April dieses Jahres geschlachtet:

	Dagegen im Monat April 1906
Rinder . . . . .	13 677
Kälber . . . . .	14 364
Schafe . . . . .	39 100
Schweine . . . . .	95 816

Die „Corresp. des Bundes der Landwirte“ berechnet auf Grund dieser Zahlen, indem sie die vom deutschen Landwirtschaftsrat festgestellten Durchschnittsschlachtgewichte als richtig annimmt, folgenden Fleischverbrauch Berlins:

	April 1907	April 1906	Kilogramm
Rindfleisch . . . . .	4 108 100	3 973 500	
Kalbfleisch . . . . .	574 500	685 900	
Schafffleisch . . . . .	862 180	806 580	
Schweinefleisch . . . . .	8 623 440	6 942 510	
	14 168 220	12 408 590	

Danach hat Berlin im April dieses Jahres 1 694 730 Kilogramm Fleisch mehr verbraucht als im April vorigen Jahres. In des kommt hierbei in Betracht, daß die Bevölkerungszahl Berlins heute beträchtlich größer ist. Nach den Fortschreibungen des Stat. Amtes betrug die Bevölkerung Berlins im Durchschnitt des Monats April 1907 — 2 060 025 Einwohner gegen 2 033 914 im Durchschnitt des April 1906. Außerdem kommen die verschiedenen Mitterungsverhältnisse, Arbeitsverhältnisse usw. in Betracht, doch läßt sich immerhin deutlich aus der Aufstellung erkennen, daß der Rückgang der Schweinefleischpreise recht anregend auf den Verbrauch von Schweinefleisch eingewirkt hat.

### Amerikanische Getreideernte.

Die Aussichten für die amerikanische Getreideernte haben sich im letzten Monat nur sehr wenig gebessert. Nach dem Bericht des Ackerbaubureaus betrug am 1. Juli d. J. der Durchschnittsstand für Winterweizen 73,8 Prozent, für Frühjahrweizen 67,2 Prozent, für Winter- und Frühjahrweizen zusammen 81,6 Prozent, für Mais 80,2 Prozent, für Winterroggen 89,7 Prozent, für Gerste 84,4 Prozent und für Hafer 81,0 Prozent. Die Anbaufläche für Mais wird mit 98 009 000 Acres angegeben.

Der Statistiker der New Yorker Produktenbörse schätzt den Ertrag des Winterweizens auf 382 305 000 Bushels, den des Frühjahrweizens auf 251 899 000 Bushels, den des Mais auf 2 360 884 000 Bushels, den der Gerste auf 163 670 000 Bushels und den des Hafers auf 973 072 000 Bushels.

Danach ist nur auf einen Gesamtweizenenertrag von 635 000 000 Bushels zu rechnen, beinahe 14 Proz. weniger als im vorigen Jahr — doch sind bekanntlich die amerikanischen Schätzungen wenig zuverlässig.

## Soziales.

(Siehe auch 1. Beilage.)

### Tage für Verletzungen.

Das Gesetz kennt keine Tage für Verletzung von Gliedmaßen und kann eine solche nicht kennen, da die Einwirkung der Verletzung auf die Erwerbsfähigkeit nur von Fall zu Fall unter Beachtung aller Umstände beantwortet werden kann. So ist auch stets vom Reichsgericht und vom Reichsversicherungsamt entschieden. Ebenso erhebt, daß nicht das Gutachten des Arztes, sondern das von Berufscollegen dafür entscheidend sein muß, in welchem Grade bestimmte Körperfunktionen zur Ausübung eines Berufs erforderlich sind und inwiefern der Mangel von Funktionsstörungen beim Beruf hinderlich ist und die Lage des Verletzten auf dem Arbeitsmarkt beeinträchtigt. Das Unternehmertum schiert sich den Fesseln hierum. Wie aus den Ausführungen auf ihrem Mannheimer Berufsgenossenschaftstag hervorgeht, wünschen sie, daß die Ärzte höher dotiert werden, um bei der Erstattung von Gutachten sich desto gefälliger dem Unternehmertum und desto nachteiliger der Arbeiterklasse zu erweisen. Wie tief die Anschauung der Schornmacher die Selbstständigkeit der Ärzte einschätzt und wie sehr sie die Berufsgenossenschaftsärzte als ihre Aulisi erachtet und behandelt, die hoch bezahlt werden, um die „Renten“ der Arbeiter zu drücken, ergibt unter anderem folgendes Verzeichnis, das die Knappschaftsberufsgenossenschaft in Bochum den Ärzten hat zugehen lassen, nach dem künftig die Rente bemessen werden soll. Das Verzeichnis lautet:

Arme und Beine.	Erwerbsverminderung Proz.
a) Beine:	
Oberschenkel . . . . .	75
Unterschenkel in solcher Höhe, daß Prothese die Kniesbeuge verhindert . . . . .	66 2/3
Unterschenkel, Fuß . . . . .	50
Fuß mit Erhaltung der Ferse zum Auftreten . . . . .	33 1/2
b) Arme:	
rechts ganzer Arm, Unterarm, Hand . . . . .	66 2/3
links . . . . .	60
Finger und Fingerglieder:	
1. Daumen:	
rechts ganzer Daumen . . . . .	25
rechts Nagelglied . . . . .	—
links ganzer Daumen . . . . .	20
links Nagelglied . . . . .	—
2. Zeigefinger:	
rechts ganzer Zeigefinger . . . . .	20
rechts 2 Glieder . . . . .	10
rechts Nagelglied . . . . .	—
links ganzer Zeigefinger . . . . .	15
links 2 Glieder, Nagelglied . . . . .	—
3. Mittelfinger:	
rechts ganzer Mittelfinger . . . . .	10
rechts 2 Glieder, Nagelglied . . . . .	—
links ganzer Mittelfinger . . . . .	10
links 2 Glieder, Nagelglied . . . . .	—
4. Ringfinger:	
rechts ganzer Ringfinger . . . . .	10
rechts 2 Glieder, Nagelglied . . . . .	—
links ganzer Ringfinger, 2 Glieder, Nagelglied . . . . .	—
5. Kleinfinger:	
rechts ganzer Kleinfinger . . . . .	10
rechts 2 Glieder, Nagelglied . . . . .	—
links ganzer Kleinfinger, 2 Glieder, Nagelglied . . . . .	—

### Anfällige Urteile über die Verkürzung der Arbeitszeit.

Den Unternehmern, die aus blinder Profitgier den auf Verkürzung der Arbeitszeit gerichteten Bestrebungen der Arbeiter Widerstand leisten, und den Sachwaltern des Kapitals, die das Unternehmertum in seinem Kampfe gegen diese Kulturforderung der Arbeiterschaft unterstützen, ist schon mehr als einmal nachgewiesen, daß sich eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne Schmälerung des Unternehmerprofits durchzuführen läßt. Neue Beweise hierfür finden wir in der Denkschrift des preussischen Kultusministeriums über das Gesundheitswesen des preussischen Staates für 1906. Es wird dort u. a. mitgeteilt, daß im Regierungsbezirk Potsdam mehrere große Firmen mit der Herabsetzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 bezw. von 9 1/2 auf 8 1/2 Stunden günstige Erfahrungen gemacht haben. Eine Holzermittelfabrik hat unter Einhaltung der selben Arbeitszeit und Gleichbleiben der Arbeitsleistung die Zeit sogar von 8 auf 7 Stunden herabgesetzt. Auch die städtische Gasanstalt in Königsberg hat die Arbeitszeit der Ofenarbeiter mit gutem Erfolge auf 8 Stunden beschränkt. In Berlin hat die Arbeitszeit in zahlreichen Betrieben eine Verkürzung auf 8 bis 9 Stunden erfahren.

Das sind nur wenige Beispiele, aber was an dem einen Ort ohne Schädigung der Industrie und zum Vorteil der Arbeiter möglich ist, das sollte sich bei gutem Willen doch auch an anderen Orten durchführen lassen. Allerdings ist die Verkürzung der Arbeitszeit gewöhnlich nicht freiwillig gewährt worden, sondern meist hat es harter Kämpfe bedurft, um dies Ziel zu erringen. Wie notwendig der Kampf der Arbeiter auf Herabsetzung der Arbeitszeit ist, das zeigt die Tatsache, daß vielfach die Arbeitskraft in unumstößlicher Weise ausgebeutet wird. Selbst in Berlin wird vielfach noch ungebührlich lange gearbeitet, besonders in der Konfektionsindustrie und in einzelnen Fleischereien. Aus dem Regierungsbezirk Potsdam wird berichtet, daß die Arbeiter in Pigeleien meist noch übermäßig lange beschäftigt werden. Im Regierungsbezirk Gumbinnen beträgt die Arbeitszeit für Erntehelfer durchschnittlich 11, für Jugendliche 9 1/2 Stunden. Im Regierungsbezirk Allenstein wird die Arbeitszeit meist auf 12 bis 14 Stunden (einschließlich der Pausen) angegeben; am längsten wird im Hausgewerbe gearbeitet, besonders bei den Schneidern. Im Regierungsbezirk Düsseldorf hatten mehrere große Fleischwarenfabriken etwa 14stündige Arbeitszeit. In der Textilindustrie des Stadt- und Landkreises München-Gladbach wurden die Arbeiterinnen mehrfach in übermäßiger, gesundheitslich sehr bedenklicher Weise ausgenutzt, so daß verschiedene Bestrafungen erfolgen mußten.

Es bleibt also noch viel zu tun übrig, ehe die Arbeitszeit auf ein Maß erniedrigt ist, wie es den Forderungen der Kultur und der Volksgesundheit entspricht. Je stärker die Arbeiterorganisationen sind, desto leichter wird sich eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeiführen lassen. Die Gegenden, in denen noch über Gebühr gearbeitet wird, sind diejenigen, in die der Geist der Aufklärung noch nicht gebrungen ist oder wo, wie z. B. in München-Gladbach, die Arbeiter systematisch in Unkenntnis gehalten werden. Hier die Fadel der Aufklärung hineinzutragen, ist Aufgabe der modernen Arbeiterbewegung, die sich dabei mit Zug und Macht nicht nur auf die eigenen Erfahrungen, sondern auch auf die amtlichen Berichte berufen kann.

### Fleischpreise beim Fleischermeister und im Konsumverein.

Am 28. Juni wurden von Leipziger Fleischermeistern Stichproben der verschiedensten Sorten Fleisch entnommen. Die Preise stellten sich im Konsumverein Leipzig-Blagwitz gegen die bei den Fleischermeistern um 5, 10, 15, ja selbst um 20 Pf. pro Pfund billiger. So kosteten z. B. pro Pfund bei Fleischern und Konsumverein in Connewitz Schweinefleisch 80 und 65 Pf., Schweinefleisch 90 und 75 Pf., in der Altstadt in Leipzig Hammelfleisch 60 und 50 Pf., Suppenfleisch 80 und 70 Pf., Schweinefleisch 85 und 65 Pf., Schweinefleisch 80 und 60 Pf., in der Windmühlstraße in Leipzig Schweinefleisch 100 und 75 Pf.

# Die neueste Bautenkontrolle.

Die Bautenkontrolle für die Maurer, die am 10. Juli aufgenommen wurde, verglichen mit den Aufnahmen vom 12. und vom 26. Juni, zeigt das folgende Bild:

Datum der Kontrolle.	Insgesamt		Der Tarif ist anerkannt		Der Tarif ist nicht anerkannt		Die Arbeit wird im Accord ausgeführt		Von den unter Spalte 6-9 Benannten wird 8 1/2 Stunden gearbeitet		Zahl der stillliegenden Bauten	Zahl der abgeschlossenen Tarifverträge	Zahl der Mitglieder des Verbundes der Bau-Verträge, welche den Tarifvertrag anerkannt.
	Bauten	Maurer	auf Bauten	mit Maurern	auf Bauten	mit Maurern	auf Bauten	mit Maurern	auf Bauten	von Maurern			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
12. Juni . . . .	1865	5015	765	3064	823	1084	88	887	—	—	689	600	18
26. Juni . . . .	2017	6411	969	4064	359	1120	124	1227	83	864	565	746	32
10. Juli . . . .	2024	7728	1109	4739	314	1358	163	1631	48	662	438	1323*)	84

Die folgende Zusammenstellung läßt ersehen, wieviel Bauten in Betracht kommen und wie weit sie fertiggestellt sind:

Datum	Insgesamt		Stadium der Bauten											
	Bauten	Maurer	Keller	Portiere	I. Etage	II. Etage	III. Etage	IV. Etage	Gerüstet	Mauerfertig	Im Putz	Ausbau	Umbau	Scharwerte
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
12. Juni	1865	5015	143	81	60	53	36	34	75	192	184	651	147	209
26. Juni	2017	6411	163	87	43	67	36	43	101	200	212	702	129	221
10. Juli	2024	7728	152	109	57	64	51	83	82	160	175	799	150	192
Bauten, auf welchen der Tarif anerkannt ist.														
12. Juni	765	3064	83	21	16	12	12	11	23	52	120	291	47	117
26. Juni	969	4064	49	32	10	24	12	18	44	66	162	374	58	120
10. Juli	1109	4739	47	45	24	21	23	13	80	60	122	520	60	124
Bauten, auf denen der Tarif nicht anerkannt ist.														
12. Juni	823	1064	19	17	5	4	3	5	7	24	24	131	33	51
26. Juni	859	1120	20	16	6	4	4	8	10	16	24	151	32	68
10. Juli	314	1358	21	13	4	5	4	6	13	12	24	130	39	43
Accordbauten.														
12. Juni	88	887	17	18	12	13	9	7	5	2	—	4	1	—
26. Juni	124	1227	28	18	15	13	8	14	16	4	—	5	1	1
10. Juli	163	1631	41	33	18	26	15	5	16	3	—	4	2	—
Stillliegende Bauten.														
12. Juni	689	—	60	25	27	24	12	11	35	114	40	225	66	41
26. Juni	565	—	66	21	12	26	12	16	31	114	26	172	87	32
10. Juli	438	—	43	18	11	12	9	9	23	85	29	145	29	25

\*) Hier sind — nur in dieser Zahl — die Verträge für die Zimmerer mit eingeschlossen.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Herr Klempnermeister Oskar Prasse, Wilschstr. 31, sendet uns einen Brief, in dem er behauptet, es sei unwahr, daß er jemand entlassen habe. Die Differenz sei dadurch entstanden, daß bei ihm ein Klempner Ortlepp arbeite, der vor Jahren einmal bei einem Streik gearbeitet habe. „Sofort wurde unter den Kollegen vom Vertrauensmann agitiert, um den Kollegen zu entfernen oder im Verbands einzutreten.“ Herr Prasse will dann der Kommission, die bei ihm vorstellig wurde, nur gesagt haben: „Da kann ich Ihnen nicht helfen. Sie wissen ja, was Sie zu tun haben.“ Daraufhin hätten die Leute die Werkstatt verlassen.

Herr Prasse fordert uns dann auf, der Wahrheit die Ehre zu geben. Das wollen wir tun.

Der Ortlepp, um dessenwillen der Konflikt entstand, war nicht nur im Jahre 1903 arbeitswilliger, sondern er hat auch bei der Gelegenheit Kollegen, die sich im Auslande befanden, mit ein paar Stangen Binn niedergeschlagen. Wenn die Klempner nun einem solchen Menschen in weitem Bogen aus dem Wege gehen und sich nicht der Gefahr aussetzen wollen, die ein Zusammenarbeiten mit ihm bringt, kann das jeder verstehen — außer Herrn Prasse natürlich. Daß seine Leute nicht freiwillig gingen, sondern entlassen wurden, beweist der Umstand, daß sie durch die Organisationsleitung noch eine Vermittlung versuchten, die Herr Prasse schroff ablehnte. Herr Prasse schätzt eben den Ortlepp höher ein, als die seine Leute tun; er steht ihm moralisch näher als diese. So kam es zum Konflikt. Alle Scharfmacher werden Herrn Prasse recht geben; aber kein ausländischer Arbeiter wird unter diesen Umständen sich um die Arbeit in seiner Werkstatt reihen.

**Achtung, Schmiebe!** Die Kollegen von Köpenick und Friedrichshagen haben nach dreitägigem Streik einen vollen Erfolg zu verzeichnen. Die geforderten Minimallohne von 46 bis 66 Pf. pro Stunde (bisher 35 bis 55 Pf.), sowie die neunstündige Arbeitszeit (bisher 10 Stunden) wurden bewilligt, desgleichen die geforderten Verbesserungen der hygienischen Einrichtungen. Die Meister wollten diese neuen Arbeitsbedingungen erst am 1. August in Kraft treten lassen, während die Kollegen die Einführung sofort verlangten. Nur aus diesem Grunde mußten die Kollegen die Arbeit niederlegen. Nachdem dies geschehen, erklärten sich die Arbeitgeber zur sofortigen Bewilligung bereit.

Zentralverband der Schmiebe, Verwaltungsstelle Berlin.

### Deutsches Reich.

**Im Zeichen der Teuerung.** Aus Halle a. S. berichtet man uns: Auch die Mandate wegen Streikpostenstehens sind hier während des letzten Bauhandwerkerstreiks bedeutend im Preise gestiegen. Früher verhängte man wegen solcher Kleinigkeiten 8 M., jetzt 6, 9 und 15 M. Am Mittwoch fanden nun 12 Männer und eine Frau vor dem Schöffengericht, die wegen solcher Strafanträge gerichtliche Entscheidung beantragt hatten. Die „Streikposten-tätigkeit“ der Frau hatte darin bestanden, daß sie gelegentlich eines durch einen Arbeitswilligentransport hervorgerufenen Menschenauflaufs ihre Kinder gerufen hatte. Der Staatsanwalt meinte, mitgefingene, mitgehangene. Das Gericht konnte aber nicht umhin, die Frau freizusprechen. Im übrigen ging aber das Gericht bei den Männern noch weit über die von der Polizei festgesetzten Strafen hinaus und erhöhte dieselben bis auf 24 und 30 M. — Das scheint auch so ein kleiner Erfolg der liberalen Aera zu sein.

Die Nienmangenschlosser in Darmen befinden sich bereits 12 Wochen im Streik um die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden. Da nun die Schlosser fest zusammenhalten und es keine Ueberläufer gibt, versuchen die Fabrikanten, in den bürgerlichen Zeitungen Schlosser zu bekommen unter der Spitzmarke: „Schlosser gesucht“. Zugug ist fernzuhalten.

Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Darmen-Eberfeld.

### Rein Scharfmacherverband?

In Offenbach hat sich ein Verband deutscher Lederver- und Heisartikel-Industrieller gebildet. Der Verband stellt sich zur Aufgabe, die Scharfe und Unlauterkeit des Wettbewerbes zu mildern. Ein weiteres Ziel des Verbandes ist nach dem von seinem Vorstand verfaßten Birkular „die Erhaltung und Förderung friedlicher Beziehungen zwischen Arbeitgebern

und Arbeitnehmern durch Erfüllung der berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer, soweit dies die allgemeinen Wettbewerbsverhältnisse ermöglichen.“ — Hoffen wir, daß der Verband hält, was er verspricht, und daß die Urteile der Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die Berechtigung oder Nichtberechtigung von Forderungen nicht gar zu weit auseinandergehen.

### Unternehmerterrorismus.

Wir berichteten jüngst, daß in der S. u. B. Sauermannschen Fleischwarenfabrik in Kulmbach, die Hunderte von Personen beschäftigt, die Arbeiter endlich einmütig der Organisation beitraten, veranlaßt dadurch, daß ein Gehülfe infolge Ueberanstrengung starb. Die Arbeiter setzten auch durch ihr geschlossenes Vorgehen eine beträchtliche Herabsetzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne durch. Die Leitung der Gesellschaft ist über den Erfolg der Arbeiter sehr erobert und bietet alles auf, um das frühere Slavenverhältnis wieder herzustellen. Sie sucht die Organisation zu zerstören, indem sie die Vertrauensleute mahregelt und Krämern für die Gehälfe aussetzt, die die Organisation im Stiche lassen. Es ist deshalb der Bezug fernzuhalten. Die Sauermannschen Fleischwaren werden besonders stark in Norddeutschland konsumiert, gute Kunden der Gesellschaft sind auch die Konsumvereine.

**Statistik der Streiks und Ausperrungen im In- und Auslande.** Von Dr. Maximilian Meyer. (Verlag von Duncker u. Humblot, Leipzig, Preis 5,00 M.) Der Verfasser führt uns in Tabellen und Vorträgen die Ergebnisse der Statistik über Streiks und Ausperrungen in Deutschland, Oesterreich, Frankreich, Belgien, Italien, England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika vor Augen. Zunächst unterzucht er die Methode, nach der die Streikstatistik in den genannten Ländern zustande kommt. Der Verfasser verkennt nicht, daß die Statistik des Deutschen Reiches um demwillen an Fehlern und Mängeln leiden muß, weil das Material zusammengetragen wird von den Beamten der Ortspolizeibehörden, denen jede für diese Arbeit erforderliche Schulung fehlt und die deshalb am allerungeeignetsten für die Erledigung dieser Aufgabe sind. — Trotzdem legt der Verfasser seiner Arbeit nur die amtliche Statistik zugrunde. Von der Statistik der General-Kommission der Gewerkschaften sagt er, sie betrachte den Streik als Einheit und nicht die vom Streik betroffenen Betriebe, sei auch nicht vollständig und könne deshalb weder zum Vergleich noch zur Ergänzung der amtlichen Statistik verwendet werden. — Damit ist die zweifelslos von sachkundiger Seite erhobene und bearbeitete Statistik der General-Kommission für den Verfasser abgefallen. — Wenn mit Recht verlangt wird, daß mit statistischen Erhebungen nicht der Sache unkundige Polizeibeamte, sondern zu dem Zweck vorgebildete Personen betraut werden, da nur so eine brauchbare Statistik zustande kommen kann, so sollte man auch erwarten, daß jemand, der aus einer Streikstatistik Schlüsse ziehen will, mit dem Wesen des Streiks, mit der Psychologie der Arbeiterklasse und den treibenden Kräften der Arbeiterbewegung ein wenig vertraut ist. Die Ergebnisse selbst der besten Statistik bleiben totes Zahlenwerk, wenn der, welcher allgemeine Schlüsse daraus ziehen will, nicht das Wesen der Sache kennt, über welche die Statistik zahlenmäßige Nachweise gibt. Dr. Maximilian Meyer scheint mit der Arbeiterbewegung wenig vertraut zu sein. Wie Streiks entstehen, wie sie geführt werden, welche Momente für den Gang der Streikbewegung maßgebend sind, davon hat er eine sonderbare Vorstellung. Auf Seite 62 und 63 seines Buches bespricht er die aus der Statistik hervorgehende Tatsache, daß die Streiks mit großen Zahlen von Beteiligten weniger volle Erfolge, auch weniger Niederlagen, aber mehr Vergleiche zeitigen als solche Streiks, an denen nur eine kleinere Zahl von Personen beteiligt ist. Diese Erscheinung erklärt sich der Verfasser so:

„Je größer die Zahl der in den Ausstand getretenen Arbeiter ist, ein um so verschieden großes Interesse wird der eine und der andere am Ausgang nehmen; ein verheirateter Arbeiter ein anderes als ein unehelicher, ein in kinderloser Ehe lebender ein anderes als ein mit Kindern gesegneter. Selbst hungern ist leichter, als Frau und Kinder schuldlos hungern sehen. Deshalb werden immer eine große Reihe Arbeiter geneigt sein, etwas an den Forderungen nachzulassen, wenn der Streik sich über Wochen hingieht und die Unterstützungsgelder immer knapper fließen, um mit der Zeit gänzlich aufzuhören. Dann ist auch meistens der Zeitpunkt gekommen, wo die ersten Anstifter zum Rückzug auffordern, weil sie sich mehr oder weniger schuldbeladen fühlen und die feindliche Stimmung gegen sie im Steigen begriffen ist. Um ihre Popularität beim Scheitern des Streiks nicht ganz zu verlieren, werden sie den Arbeitern raten, sich lieber mit einigen Zugestän-

nissen von Seiten der Arbeitgeber zu begnügen, als weiter im Streik zu verharren.“

Da haben wir also eine Variation der landläufigen spießbürgerlichen Ansicht, daß Streiks von Agitatoren hervorgerufen und beendet werden können. Eine Ansicht, die beim Verfasser des Buches umso mehr wundernehmen muß, als er in der Einleitung den Streik als eine aus den wirtschaftlichen Verhältnissen resultierende Erscheinung darstellt. — Abgesehen von dieser einen Entgleisung ist Dr. Maximilian Meyer sichtlich bemüht gewesen, seine Aufgabe streng sachlich und ohne Vorurteilsgenommenheit zu lösen. Das ist ihm auch gelungen, da er sich im übrigen jeder Schlussfolgerung enthält und zu den zahlreichen statistischen Tabellen nur Erläuterungen und objektive Besprechungen gibt.

Nachdem der Verfasser die Statistiken der einzelnen Länder vorgeführt hat, gibt er eine vergleichende Darstellung derselben. Er berechnet aus den Ergebnissen der Jahre 1900—1904 (für Nordamerika 1896—1900) den Jahresdurchschnitt der Zahl der Streikenden. Danach steht Nordamerika mit 251275 Streikenden an erster Stelle. Dann folgen Frankreich mit 176226, Italien mit 146050, England mit 102506, Deutschland mit 86212, Oesterreich mit 55582, Belgien mit 20107 Streikenden. Anders stellt sich die Reihenfolge, wenn die Zahl der Streikenden mit der Zahl der Erwerbstätigen verglichen wird. Es kommen Streikende auf 1000 Erwerbstätige in Italien 28, Frankreich 22, Oesterreich 13, Belgien 12, England 8,3, Deutschland 8,1. Hinsichtlich der Zahl der Streikenden steht Deutschland also nach der ersten Berechnung an drittlehster, nach der zweiten an letzter Stelle. In Deutschland hatten die Streiks auch die geringste Ausdehnung. An 73,78 Proz. aller Streiks waren bis 50 Arbeiter beteiligt. Dagegen hatten die Streiks in Deutschland die längste Dauer. Von 100 Streiks kommen solche, die länger als 30 Tage dauerten, in Deutschland 18,9, Frankreich 9,9, Oesterreich 9,8, Belgien 8,8, Italien 5,8. — In Deutschland ist das Baugewerbe am häufigsten an Streiks beteiligt. 38,1 Proz. aller Streiks entfallen auf dasselbe. In Nordamerika spielen die Streiks im Baugewerbe (23,3 Proz.) ebenfalls eine große Rolle. In Oesterreich, Frankreich, Belgien und Italien stellt die Textilindustrie die größte Zahl der Streiks. In England ist es der Bergbau und der Steinbruch.

Ueber die Art der statistischen Erhebungen sagt der Verfasser am Schluß seiner Arbeit:

„Entscheidend für die Güte der Streikstatistik ist es, welcher Behörde oder Instanz die Beschaffung des Materials obliegt und welcher Behörde die Bearbeitung des Materials vorbehalten ist. Die Zwischeninstanzen sind weniger von Bedeutung. Je weniger abhängig nun das Zentralamt von den Vorinstanzen ist, je mehr es unmittelbar in der Lage ist, sich die Kenntnisse über einen Arbeitskonflikt zu verschaffen und ein Urteil sich zu bilden, umso einheitlicher und zuverlässiger wird die Statistik ausfallen. Wenn sich die Zentralstelle dagegen darauf beschränkt, das ihr eingeleitete Material zu verarbeiten, ohne sich die Überlässigkeit ihrer Quellen durch geeignete Kontrolle zu sichern, dann wird es unvermeidlich sein, daß sich Fehler in die Tabellen einschleichen. Wichtig ist es weiter, daß eine möglichst kurze Zeit zwischen Ausbruch der Streikthaten und der Einlieferung der Zahlkarte an das Zentralamt liegt, weil die sich etwa herausstellenden Mängel auf frischer Tat am ehesten eine Richtigstellung ermöglichen. Danach wird es keinem Zweifel unterliegen, daß die deutsche Reichsstatistik den aufgestellten Forderungen am wenigsten gerecht wird.“

### Ausland.

#### Die Streikbewegung in Italien.

Nach den Veröffentlichungen des italienischen Arbeitsamtes waren im Monat April insgesamt 206 Streiks zu verzeichnen. Wovon entfielen 50 auf das Baugewerbe, 35 auf Steinbrüche und Steinbearbeitung, 34 auf die Textilindustrie, 26 auf die Bekleidungsindustrie, 24 auf die Metallindustrie usw. Die Zahl der beteiligten Arbeiter betrug bei den 237 Streiks, für die genauere Angaben erlangt werden konnten, 51560. Was das Streikobjekt anlangt, so wurden 168 um Erhöhung des Lohnes, 23 zur Abwehr von Lohnreduzierung, 3 wegen Verlängerung der Arbeitszeit und 64 aus verschiedenen Ursachen geführt. Bei 7 sind die Ursachen nicht bekannt. Erfolg hatten die Arbeiter bei 62, teilweisen Erfolg bei 118 Streiks, während 57 zu ihren Ungunsten ausfielen; bei dem Rest ist der Ausgang unbekannt.

### Eingegangene Druckschriften.

**Sozialdemokratie und antisirchliche Propaganda.** Ein erweitertes Vortrag von H. Wendel. Preis 20 Pf. — **Patriotismus und Sozialdemokratie**, von Karl Kautsky. Preis 20 Pf. Verlag: Leipziger Buchdruckerei K. G. in Leipzig, Langhansstr. 19—21.

**Die „freien“ und die „kirchlichen“ Gewerkschaften.** Arbeiterbibliothek 1. Heft, Preis 40 Pf. R. Gladbach, Verlag der „Weltdeutschen Arbeiterzeitung“.

**Die Werte** (Geldbaum oder nationales Wirtschaftsinstrument?) von E. Meyer. 20 Pf. Verlag der „Hilfe“, Schöneberg-Berlin.

**Aus dem amerikanischen Wirtschaftsleben**, von J. Lawrence Laughlin. Aus Natur und Volkswirtschaft. Band 127. Preis 1,25 M. — **Das Schwaizer-Planton.** Einführung in die irchliche Organisationswelt unserer Leibe, Hülfe und Seelen. Von Dr. D. Jacharias. Aus Natur und Volkswirtschaft. 156. Bändchen. Verlag von D. O. Teubner in Leipzig. Scherfel 1 M., gebunden 1,25 M.

**Das erste Jahr der natürlichen Schule** von J. Höfer, brosch. 2,50 M. geb. 3 M. Verlag H. Stein, Pöddam.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Gifriger Käse.

München, 11. Juli. (B. G.) In Bad Tölz erkrankten eine Familie und 4 Hühner nach dem Genuß von Käse unter Vergiftungserscheinungen. 8 Personen waren in Lebensgefahr. Einzelne wurden durch von Schmerzen geplagt, daß sie sich am Boden wälzten. Schleunige ärztliche Hilfe beseitigte die Gefahr.

### Krieg im Frieden.

Weg, 11. Juli. (B. Z. B.) Bei einer hier abgehaltenen Kavallerie-Sprengübung wurde durch zu weit geschleuderte Sprengteile ein Offizier vom Dragonerregiment Nr. 13 sowie ein Unteroffizier vom Pionierbataillon Nr. 16 schwer, aber nicht lebensgefährlich, ferner ein Dragoner des soeben genannten Regiments recht bedeutend verletzt, und zwar sämtlich an den unteren Gliedmaßen. Ob es sich um einen unberechenbaren Zufall handelte, oder ob die vorgeschriebenen Vorsichtsmaßregeln nicht ausreichende Beachtung gefunden haben, kann erst die sofort eingeleitete Untersuchung lehren.

### Sozialdemokratie und Budgetprovisorium im Abgeordnetenhaus.

Wien, 11. Juli. (B. Z. B.) Bei der fortgesetzten ersten Lesung des Budgetprovisoriums erklärt der Abgeordnete Beer, nachdem er für weitestgehende Durchführung der sozial-reformatorischen Forderungen der sozialdemokratischen Partei eingetreten ist, die Sozialdemokraten könnten der Regierung das Budgetprovisorium nicht bewilligen, weil sie zu einer Regierung kein Vertrauen hätten, in welcher nicht der Volkswille, sondern der Wille der Bourgeoisie vertreten erschiene.

### Fünf Personen vom Bliz getötet.

Budapest, 11. Juli. (B. G.) Während eines schweren Gewitters schlug der Bliz in Remenszenpeter in eine Hütte, in die sich fünf Personen geflüchtet hatten. Alle wurden getötet.

### Großfeuer.

Landau (Pfalz), 11. Juli. (B. G.) Heute früh ist in der hiesigen Eisenhütte von Schell u. Weber Großfeuer ausgebrochen. Der Schaden dürfte 200 000 M. betragen, ist aber durch Versicherung gedeckt.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Aus dem Berufsgenossenschaftstag.

Im gestrigen Leitartikel haben wir bereits das Entgegenkommen des Präsidenten des Reichsversicherungsamtes v. Kaufmann gegenüber den Wünschen gewerblicher Berufsgenossenschaften auf Streichung des § 34 des Unfallversicherungsgesetzes erwähnt.

Der Vorsitzende des 74 Berufsgenossenschaften umfassenden Verbandes sprach die Hoffnung aus, daß der neue Leiter des Reichsamts des Innern (zu dessen Ressort das Reichsversicherungsamt auch gehört) den Berufsgenossenschaften mehr Freundschaft entgegenbringe als sein Vorgänger Graf Sosadowitz.

Bei den eigentlichen Verhandlungsgegenständen trat die sozialpolitische Einsichtslosigkeit der Mehrheit klar zutage. Sie trat den Ansichten des Verwaltungsdirektors Weesmann (Ratzeburg) von der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie bei, die er gegen die Zentralisation aller Zweige der Arbeiterversicherung äußerte.

Empfindlich berührt werden die Verletzten durch eine Forderung, die sich in den vom Verwaltungsdirektor Schausseil (Hamburg) von der Seeverbahrungsgenossenschaft im Anschlusse an sein Referat über die Honorierung der Ärzte aufgestellten Leitlinien befindet.

Die oben erwähnte Erklärung hat folgenden Wortlaut: 1. Eine Umgestaltung der drei Zweige der Arbeiterversicherung, bei welcher die bisherigen Selbstverwaltungskörper als Träger der Versicherung ausgealtet und durch eine staatliche, bürokratische Organisation ersetzt wird, muß unbedingt abgelehnt werden.

2. Auch die Schaffung sogenannter lokaler Stellen für die drei Versicherungszweige (gemeinsamer Unterbau) muß vom Standpunkt der Unfallversicherung aus als unzweckmäßig bezeichnet werden, weil derartige Stellen, von den Versicherungsträgern losgelöst, der nötigen Vertrautheit mit den Verhältnissen und der unbedingt erforderlichen Verantwortlichkeit gegenüber den Versicherungsträgern ermangeln würden.

3. Die bei der Handhabung der Versicherungsgesetze hervorgetretenen Mängel lassen sich durch Einzelmaßnahmen beseitigen. Für die Unfallversicherung kommt insbesondere in Betracht: Klare Fassung der gesetzlichen Bestimmungen über die Abgrenzung der Entschädigungen der drei Versicherungszweige, (Schaffung eines einheitlichen Instanzenzuges für Streitigkeiten zwischen den verschiedenen Versicherungsträgern, Verständigung der Beteiligten über die Begrenzung und etwaige Neubildung von Berufsgenossenschaften), Vereinbarungen mit Krankenkassen und Ärztevereinigungen, über das Heilverfahren und Verbesserung der kommunalen und staatlichen Einrichtungen und Anstalten zur Untersuchung und Heilbehandlung von Kranken und Verletzten.

4. Die Bestimmungen des § 34 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes über die Ansammlung von Reservefonds, die auf nicht zutreffenden Voraussetzungen beruht und den Berufsgenossenschaften als Körperschaften von öffentlich rechtlichem Charakter ungerechtfertigt hohe Lasten auferlegt, ist zu ändern.

Soziales.

Gewerbeinspektoren und Ärzte.

Die gesetzgebenden Körperschaften Preußens, denen jeder wirklich durchgreifende Arbeiterschutz von jeher verhaßt gewesen ist, haben sich mehr als einmal gegen den Ausbau der Gewerbeinspektion ausgesprochen. Insbesondere wollen sie — ganz abgesehen von der Förderung der Anstellung von Arbeitervertretern — nichts von der Hinzuziehung von Ärzten zur Gewerbeinspektion wissen.

Herr Röller ist längst den Weg aller Minister gegangen, aber der von ihm proklamierte arbeitserfreundliche, antisoziale Grundgedanke hat ihn überlebt. Uebereinstimmend klagen alle Kreisärzte in

ihren an die Medizinalabteilung des Kultusministeriums erstatteten Berichten darüber, daß sie grundsätzlich zur Gewerbeaufsicht fast nur bei der Neukonfessionierung von Anlagen herangezogen werden und daß sie sonst meist nur bei den Ortsbefichtigungen Gelegenheit finden, fördernd auf die Gewerbehygiene einzuwirken; sie haben hierbei hauptsächlich die Nahrungsmittelhandlungen im Auge.

Wie notwendig gerade die Beteiligung von Ärzten an der Gewerbeinspektion ist, geht u. a. aus den amtlichen Schilderungen der Arbeitsräume, der Unfälle und der Berufskrankheiten hervor. Der Zustand der Arbeitsräume bessert sich im allgemeinen, aber in den kleineren und älteren Betrieben und im Hausgewerbe gericht es den Arbeitsräumen noch an Luft und Licht.

Bei der Besprechung des Anwachsenden der Betriebsunfälle wird in den Berichten darauf hingewiesen, daß eine große Reihe von Unfällen sich vermeiden ließe, wenn die Arbeiter selbst nicht so lässig und gleichgültig gegen die Verhütungsvorschriften wären und ihnen nicht sogar oft geradezu entgegenhandelt.

Charakteristisch ist auch die u. a. aus dem Regierungsbezirk Münster gemeldete Erscheinung, daß die meisten Unfälle in den Betrieben mit vielen jugendlichen Arbeitern vorkommen. Ebenso gibt die Mitteilung aus dem Regierungsbezirk Bromberg zum Nachdenken Anlaß, daß von den Unfällen auffallend häufig Arbeiterfamilien betroffen werden, die wohl mit den landwirtschaftlichen Maschinen noch nicht genügend vertraut sind.

Gerichts-Zeitung.

Die Eroberung der Kirchenaustrittsplatate.

Wie seinerzeit der „Vorwärts“ ausführlich berichtete, hat die Polizei am 3., 4. und 24. Oktober vorigen Jahres im Hause des Auktionators und Rechtskonjulenten Fiedler in der Letztstraße einen Kampf gegen die Kirchenaustrittsplatate eingeleitet und schließlich auch siegreich durchgeführt, was, da sieben starke Männer dem schwächlich gebauten, an Ohnmachtsanfällen leidenden Rechtskonjulenten gegenüberstanden, gewiß kein Wunderwerk von Strategie und Tapferkeit war.

In einer Anklage wegen der Aushängung des Plakates hat am 29. April dieses Jahres das Landgericht als Berufungsinstanz Fiedler freigesprochen. Auf dem Plakat stand nicht, daß die Formulare zum Austritt aus der Landeskirche unentgeltlich, sondern daß sie für 1 Pf. das Stück zu haben seien. Somit handelte es sich um eine Nachricht für den gewerblichen Verkehr, und deshalb die Freisprechung. Fiedler sollte nun bei der Wegnahme der Plakate Widerstand gegen die Staatsgewalt geleistet und die Beamten beschimpft haben.

wieder abzuholen, wurde leider in der Verhandlung nicht erwähnt. — Nach seiner eigenen Aussage hat der Angeklagte den gegen ihn gerichteten geladenen Revolver sowie das offene Messer den betreffenden Beamten aus der Hand geschlagen oder gerungen. Diese beiden Waffen wurden, wie auch die Frau des Angeklagten und der 13jährige Sohn als Zeugen befunden, nach Abzug der Beamten in der Wohnung auf dem Fußboden gefunden.

Nach seiner eigenen Darstellung und den Zeugenaussagen der Frau und des Sohnes ist der Angeklagte, ohne daß er gegen die Beamten irgendwie anstreifend vorgegangen wäre, von diesen zu Boden geschleudert, an der Kehle gewürgt und auch mit Füßen getreten worden, während man die Frau an den Haaren faßte und sie gegen die Tür schleuderte.

Der Schloffermeister, der von den Beamten herangeholt wurde, um die Bureautür zu öffnen, bekundet als Zeuge, daß er bei seinem Eintritt in die Wohnung den Angeklagten schlend am Boden liegen sah.

Die übrigen Entlastungszeugen konnten über die Vorgänge in der Wohnung nicht viel aussagen. Soweit sie in der Wohnung gewesen waren, wurden sie bald, ebenso wie die Frau Fiedler, hinausgepebirt. Die Frau wurde aber nach einiger Zeit wieder hineingelassen. Dabei wäre sie, wie ein Zeuge aussagte, beinahe ernstlich gequetscht worden, wenn nicht der Zeuge selbst seinen Fuß zwischen die Tür gehalten hätte, um die Frau vor Verletzung zu schützen.

Der Angeklagte behauptete auch, daß sich die Beamten nicht ausreichend legitimierten. So hätten sie sich das eine Mal darauf berufen, daß zwei uniformierte Schutzleute unter ihnen waren. Da jedoch die Affäre mit dem Hauptmann von Köpenick noch in freier Erinnerung war, habe er dies mit Recht für keine ausreichende Legitimation halten können.

Der Staatsanwalt beantragte für den ersten Fall, am 4. Oktober, Freisprechung. Die Beamten hätten sich hierbei nicht in rechtmäßiger Ausübung ihres Amtes befunden, da der Angeklagte die damals für die Wegnahme in Betracht kommenden Plakate mit dem Worte „unentgeltlich“ nicht hatte, seine Widersetzlichkeit also berechtigt war.

Rechtsanwalt Heine führte dagegen aus, daß das, was der Staatsanwalt über den ersten Fall gesagt habe, auch für den zweiten gelten müsse. Auch hier hätten die Beamten nicht in rechtmäßiger Ausübung ihres Amtes gehandelt. Sollte eine Wegnahme rechtmäßig sein, so müsse die Weisung, von der sie verfügt war, innerhalb der Grenzen ihrer Zuständigkeit gehandelt haben. Ein Gerichtsbesehl lag aber im zweiten Fall nicht vor.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu zwei Monaten Gefängnis. Es nahm an, daß er in beiden Fällen den Beamten strafbaren Widerstand geleistet habe. Für den ersten Fall wurde auf vier Wochen, für den zweiten auf fünf und für Beamteneubildung auf eine Woche Gefängnis erkannt. Diese Strafen wurden auf zwei Monate zusammengezogen. Es handelte sich um schwere Ausschreitungen gegen Beamte, und darum müsse der Angeklagte streng bestraft werden.

Der Angeklagte, der übrigens, während sich das Gericht zur Beratung zurückgezogen hatte, ohnmächtig wurde infolge der anstrengenden viertündigen Verhandlung, die erst drei Stunden nach der festgesetzten Zeit begonnen hatte, wird jedenfalls Verurteilung gegen das Urteil einlegen.

Das Fazit der ersten Instanz ist: Beamte greifen objektiv rechtswidrig in das Hausfriedens- und in das Eigentumsrecht des Angeklagten ein. Gegen diesen objektiv rechtmäßigen Eingriff setzt sich der Angeklagte zur Wehre, erhält hierbei schwere Körperverletzung und wird obendrein noch wegen Widerstandes bestraft. Hat sich das Gericht auf den Standpunkt gestellt, die Beamten handelten in rechtmäßiger Ausübung des Amtes, weil sie einen ihnen erteilten Befehl — mag dieser auch objektiv rechtswidrig gewesen sein — ausführten, so find die in der Strafprozeßordnung und in anderen Gesetzen zum Schutz des Hausfriedens und Eigentums aufgestellten Rechtsnormen völlig wertlos.

Ein Reichstagsabgeordneter als Begünstigter eines Desraubanten.

Vor der Bamberger Strafkammer spielte sich ein interessanter Prozeß ab. Angeklagt war der 20jährige Vankommis Montag, der im Februar als Angestellter der Bank für Handel und Industrie in Bamberg einen an einen Schweinfurter Rechtsanwalt adressierten Verbrief mit über 1400 M. an sich genommen und 14 Tage später, als die Sache auffam, die Flucht nach der Schweiz ergriffen hatte. Montag war ein sehr intimer Freund des ultramontanen Reichstagsabgeordneten Pfeiffer, der in Bamberg Völkerei-Beauftragter ist. Ueber das Verhältnis des Abgeordneten Pfeiffer zu dem jungen Desraubanten gingen damals durch die Presse allerlei pikante Andeutungen, die zu verschiedenen Verleumdungsfällen führten. Eine solche Verleumdungsfalle wurde kürzlich auch gegen den verantwortlichen Redakteur der „Frank. Volkstribüne“, Genossen Paul Salge, und den Bamberger Korrespondenten der „Volkstribüne“, Genossen Strauß, verhandelt, die damit endete, daß Pfeiffer den Strafantrag gegen Salge sofort zurückzog, während in der Richtung gegen Strauß ein für den letzteren günstiger Vergleich abgeschlossen wurde.





Ende der Saison 15. Juli.

# La Tortajada.

Glänzendes Programm.

Passage-Theater.  
Jeden Abend 8 Uhr:  
Der große Verwandlungskünstler  
Arturo  
**Bernardi.**  
Berlins schickste Sourette  
**Ida Perry**  
14 Variété-Sensationen 14

Schweizergarten  
Am Königstor. Am Friedrichshain.  
Straßenbahn 1, 2, 4, 17, 59, 62, 63 u. 74.  
Täglich:  
Theater-Vorstellung.  
Neue Spezialitäten.  
Kinematograph und Ball.  
Freier Damentanz.  
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Neue Welt  
Hasenheide 108-114.  
Täglich:  
Gr. Doppel-Konzert  
und  
Spezialitäten-Vorstellung.  
Anfang 5 Uhr.  
Entree zum Schweizergarten 10 Pf.  
Theatergarten 25 Pf.  
Jeden Mittwoch:  
**Erntefest.**  
Jeden Donnerstag:  
**Elite-Tag.**

Sanssouci, Kottbuser  
Straße 6.  
Direktion Wilhelm Reimer.  
Der Garten ist geöffnet.  
Sommt. Mont., Donnerst.:  
Hoffmanns  
Norddeutsche Sänger  
u. Tanzkränzchen.  
Sommt. Beg. 5, wochentl. 8 U.  
Anmeld. für Festlich-  
keiten usw. werden für  
nächste Saison noch entgegen-  
genommen.

Reichshallen-Theater.  
Stettiner Sänger.  
Anfang Hochzeits 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.  
Rom 16. 7.  
bis 31. 7.:  
Gastspiel  
Winter-  
Tymian.

Max Kliems  
Sommer-Theater  
Hasenheide 13/15.  
Wirtschaftliche Leitung: Paul Mühlitz.  
Täglich: Gr. Konzert, Theater  
u. Spezialitäten-Vorstellung.  
Jeden Montag: Sommerfest.  
Jeden Mittwoch:  
Die beliebten Kinderfeste.  
Jeden Donnerstag: Elite-Tag.  
Die Kasse ist täglich von  
2 Uhr ab geöffnet.

Otto Pritzkow  
Münzstraße 16.  
Welt-Ausstellungs-  
Biograph-(St. Louis)  
Theater lebender  
Photographien.  
Täglich Eingang von  
Neubelien.  
Den ganzen Tag Vorstellung.

# Deutscher Buchbinderverband

Zahlstelle Berlin.

Sonnabend, den 13. Juli, findet in der Zeit von 5-10 Uhr die Wahl von 6 Beisitzern u. 3 Revisoren zum Verbandsvorstand statt.

Die Wahl kann in folgenden Lokalen vollzogen werden:

- Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal IV (kann an zwei Stellen vollzogen werden).
- Voigts Rittersälen, Ritterstr. 75.
- Schmidt, Lindenstr. 3, II. Hof.
- Feind, Weinstr. 11.
- Sachse, Lindowstr. 26.

Kollegen und Kolleginnen! Da die Funktion der Beisitzer das wichtigste Amt ist, das aus den Kollegen unserer Zahlstelle besetzt wird, so erwarten wir, daß die Beteiligung eine sehr rege sein wird.

## Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands

Ortsverwaltung Berlin.  
Geschäftszeit: Vormittags 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr bis 1 Uhr nachmittags.  
Dienstag, den 16. Juli, vormittags präzis 11 Uhr, bei F. Witte, Brunnenstraße 188:

### Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Kasienbericht vom zweiten Quartal 1907. 3. Bericht und Remuneration des Arbeitsvermittlers. 4. Vereinsangelegenheiten und Beschlüssen.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
NB. Da es vielfach vorkommt, daß sich fernstehende und nicht organisierte Musiker auf unsere Firma Geschäfte annehmen und wir nicht imstande sind, in jedem Fall die Kontrolle auszuüben, richten wir an die Vorstände resp. Komitees die Bitte, nur solchen Musikern die Musikausführung zu übertragen, welche sich laut Mitgliedsbuch legitimieren können. Dieselben haben nur dann Gültigkeit, wenn die Beiträge auch entrichtet sind.  
Der Vorstand.

## Konsum-Verein für Tegel und Umgegend.

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)  
Montag, den 22. Juli, abends 8 Uhr, im Saale des Herrn G. H. Schloßstr. 7/8:

### Ordentliche General-Versammlung

Tages-Ordnung:  
1. Geschäftsbericht. 2. Verlesung des Revisionsberichts. 3. Bericht-erstattung vom Verbandsrat. 4. Ergänzungswahl des Vorstandes und Ausschusses. 5. Vereinsangelegenheiten.  
Der Aufsichtsrat: Joh. Malor.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.  
Heute Freitag, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**

### Bürstenmacher.

Sonntag, den 14. Juli, morgens 8 Uhr:

### Ausflug nach Pferdebuht.

Treffpunkt Schlesischer Bahnhof.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht Die Kommission.  
NB. Bei ungünstiger Witterung findet der Ausflug 8 Tage später statt.

## Artushof, Perlebergerstraße 26.

### Entscheidungs-Ringkampf

großem:  
Georg Altmann, Berlin, und Albert Hein, Berlin,  
Artur Barkowski, Berlin, und Karl Wolff, Berlin.  
Vorher: Theater u. Spezialitäten. Anfang 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr. Ringkampf 9 Uhr.

Sonnabend, den 13. Juli:  
**Große Wondschneifahrt**  
mit Musik  
mit Salon-Dampfer „Frey“  
nach Wernsdorfer Schleuse und Gosener Berge.  
Abf. circa 9 Uhr abends ab Schillingsbrücke  
Din und zurück 50 Pfg.) ab Schillingsbrücke  
Hierzu ladet  
Piehl, — Restaurant —  
Schiffahrt ein  
zum Oder-Spree-Kanal.

## Wirtschaftsproblem gelöst!

Von unermesslichem Wert für die Volksvertreter.  
Das Wirtschaftsproblem der Gegenwart und der Zukunft ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber, Leipzig). Broschüre A, vollständige Ausgabe, Mk. 2. — Teil- und Volksausgabe, 60 Pfg. Gegen Einsendung von Mk. 2.10, bzw. 66 Pfg. für das Inland, Mk. 2.20 bzw. 70 Pfg. für das Ausland, werden die Broschüren portofrei vom Verfasser Kaufmann Michael Proestler in Würzburg versandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich.  
Man verlange ebendasselbe Flugschriften und Prospekte.

**Arbeiter-Bekleidung**  
Größtes Spezialgeschäft  
Kohnen & Jöring  
Hauptgeschäft: Alexanderstraße 12  
zwischen Alexanderpl. u. Jannowitzbr.  
2. Geschäft: Landsberger Allee 148,  
Ecke Langenbeckstraße.  
**Berufsbekleidung**  
f. alle Zweige d. Industrie u. Gewerbe.

**Ostbahn-Park**  
Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71  
Hermann Imbs.  
Täglich:  
**Großes Konzert,**  
Theater- und Spezialitäten-  
Vorstellung.

Die dem  
**Veilchenseifenpulver**  
„Marke Kaminieger“  
beiliegenden Geschenke sind ausnahmslos nur nützliche, prächtige Gegenstände, die viel Freude machen.  
In den meisten Geschäften a 15 Pf. zu haben.  
Vorsicht beim Einkauf! Man achte auf die „Schutzmarke Kaminieger“!  
Fabrikant: Carl Gentner, Göppingen.  
Alleinverkauf für Berlin und Umgegend: Andreas Caspar, Berlin 50., Josephstr. 11.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante  
**Anna Modler geb. Floß**  
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem sozialdemokratischen Frauen-Verein, dem S.-A. „Gleichheit 1900“, sowie den Mitarbeiterinnen der Firma Schlegler unseren innigsten Dank.  
Die trauernden Hinterbliebenen:  
**Familie Floß,**  
**Franz Modler.**  
1787b

**Dankfagung.**  
Für die herzliche Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters, Schwägers, Großvaters, des Restaurateurs  
**Albert Reep**  
sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem hiesigen Bahnbereich, unseren innigsten Dank.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

## Allgemeine Familien-Sterbekasse zu Berlin.

Sonntag, den 21. Juli 1907, vorm. 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, bei Herrn Biesensthal, Uferstr. 123:

### General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Jahresbericht pro 1906/1907 und Bericht der Revisoren. 1788b  
2. Festsetzung der Entschädigung für den Vorstand und die Revisoren.  
3. Beschlußfassung, in welchen Zeitungen die Bekanntmachungen der Kasse stattzufinden haben.  
4. Remuneration der ausstehenden Vorstandsmitglieder und der Revisoren. Es scheiden aus: der Rentant Herr Englich, der Schriftführer Herr Dittmann, der stellvertretende Vorsitzende Herr Wähler und der Beisitzer Herr Fischer.  
5. Aenderung der §§ 7 und 11 des Statuts.  
Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches gestattet.  
Um pünktliches Erscheinen ersucht  
Der Vorstand.  
J. H. u. A. u. e., Vorsitzender,  
Grenzstr. 14, born 1 Tr.

## Dr. Simmel

Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
dient am  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz.  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

### Beste Bettenfüllung

sind die vorzüglich füllenden, sehr kostbaren, echt dänischen  
**Monopoldaunen**  
(gef. gefüllt) Pfund Mk. 2,85.  
3-4 Pfund gefüllt 4 gr. Oberseid.  
Best. geg. Nachnahme. Verpackung frei.

### Gustav Lustig

Berlin S., Prinzenstr. 46  
Ged. Bettfedern-Spezial-  
geschäft Deutschlands.

## Möbelfabrik

**Julius Apelt**  
6 Adalbert-Strasse 6  
Hochbahnhof Kottbuser Tor  
(früher: Falter-Strasse 6).

## Zentralverband der Brauereiarbeiter

Zweigverein Berlin, Sektion II.  
Sonnabend, den 13. Juli 1907, in der Berliner Backbrauerei (Tempelhofer Berg):

### Großes Sommerfest.

Gartenkonzert.  
Spezialitätenvorstellung. \* Kinematograph. \* Kinderpolonaise.  
Jedes Kind erhält eine Stocklaterne.  
Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet.  
Von 3 Uhr ab im großen Saale: BALL. Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. 42/5  
Anfang 4 Uhr. Anfang 4 Uhr.  
Billett 25 Pf., an der Kasse 30 Pf.  
Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

## Von der Michaelbrücke!

Sonnabend, den 13. Juli: Große Exkursions- mit Musik  
nach Hessewitzwinkel u. Woltersdorfer Schleuse.  
Vom früh 9 Uhr sowie nach Schmöckwitz früh 10 Uhr. Abfahrt abends 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> und 10 Uhr wieder die beliebte Wondschneifahrt nach Müggelwarder, daselbst Langkränzen. Fahrpreis hin u. zurück 50 Pf. G. Zachow, Querspr. 2.

## Kieler Lotterie.

Ziehung am 8. und 9. August 1907.  
5400 Gewinne im Gesamtwerte von  
**= 268 000 Mark =**  
50 bare Goldgewinne ohne Abzug.

1 x 75 000	100 x 100 = 10 000
1 x 20 000	200 x 50 = 10 000
1 x 5 000	500 x 20 = 10 000
5 x 1 000 = 5 000	4500 x 10 = 45 000
20 x 500 = 10 000	72 Gewinne im Gesamtwerte von 78 000 Mark.

Lose 3 Mark  
Horte und Afte 50 Pfg. extra, empfiehlt:  
**Generaldebit G. Pfordte, (Essen Ruhr)**  
Fernsprecher 412  
Lose- und Zigarren-Geschäfte.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.  
(Stralauer Viertel.)  
Bezirk Nr. 342.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schneidermeister  
**Emil Senkbeil**  
gestorben ist. 262/8  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 13. d. Mis., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Maschinenarbeiter  
**Emil Senkbeil**  
am 9. Juli am Herzschlag plötzlich verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 13. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
90/11 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 9. Juli mein geliebter Mann, der Möbelpolierer  
**Gustav Richard Lindner**  
nach langem, schwerem Leiden verstorben ist. 1789b  
Dies zeigen Schmerz erfüllt an  
**Die tieftrauernde Witwe**  
nebst Angehörigen.  
Die Beerdigung findet Sonnabend, den 13. Juli, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Schreinerstr. 17, aus nach dem St. Marius-Kirchhofe in Bismarckberg statt.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Polierer  
**Richard Lindner**  
am 9. Juli verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 13. Juli, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Schreinerstr. 17, aus nach dem St. Marius-Kirchhofe in Bismarckberg statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
90/10 Die Ortsverwaltung.

**Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.**  
Am 9. Juli starb nach kurzem Krankenlager, im Alter von 60 Jahren, am Regenröck unser Mitglied, der Zimmerer  
**Karl Poppe.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Freitag, den 12. Juli, nachmittags 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, von der Leichenhalle des Luisen-Kirchhofes in Bismarck, Fürstendammweg aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
1792b Der Vorstand.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband**  
Verwaltung I.  
Nachruf.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Hausdiener  
**Heinrich Schmidt**  
(Tempelhofer)  
am 8. Juli plötzlich verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
74/1 Die Ortsverwaltung I.

**Todes-Anzeige.**  
Am 10. Juli verstarb unsere einzige Tochter  
**Elfriede Kleper.**  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des neuen Luisen-Kirchhofes am Fürstendammweg aus statt. 6439d  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Dankfagung.**  
Für die herzliche Teilnahme bei dem Begräbnis unseres lieben Sohnes und Bruders  
**Max Bergmann**  
sprechen wir hiermit allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank aus, insbesondere dem Arbeiter-Verband, dem Gefangenverein „Soni-belli“, den Kollegen der Firma Max Kray u. Co., den Kollegen der Firma Witte u. Binder und dem Lotterieverein „Goldregen“. 1894b  
Die trauernden Hinterbliebenen.



Partei - Angelegenheiten.

Charlottenburg. Am Montag, den 15. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, findet eine Volksversammlung im Volkshaus, Rosinenstr. 3, statt. Thema: „Unsere Afrikaner“, persönliche Eindrücke vom Peters-Prozess. Referent: Redakteur Kurt Eisner - Nürnberg. Bei dem außerordentlichen Interesse, das der Peters-Prozess hervorgerufen hat, hoffen wir, daß der Besuch der Versammlung ein besonders starker wird. Der Vorstand.

Schöneberg. Die Genossinnen und Genossen werden nochmals auf die heute abend 8 Uhr in E. Dohls Festsaal, Weiningerstr. 8, stattfindende Volksversammlung aufmerksam gemacht. Thema: „Unsere Afrikaner“, persönliche Eindrücke vom Peters-Prozess; Referent: Redakteur Genosse Kurt Eisner. Genossen, agitiert und besucht zahlreich diese Versammlung. Der Vorstand.

Schildow-Banckenfelde. (Bezirk Nieder-Schönhausen.) Am Sonntag, den 14. Juli, nachmittags 3 Uhr, findet die regelmäßige Wahlerversammlung in Rönchsmühle bei Knappe statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Braun. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Es wird gebeten, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Abmarsch der Nieder-Schönhauser Genossen Punkt 1 1/2 Uhr von Bratvogel, Nordend, aus.

Wannsee. Die nächste Mitgliederversammlung findet am 18. d. M., abends 8 Uhr im „Frisienhof“ statt. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Klassenkampf im Omnibus.

Als die Berliner ihren ersten Omnibus freigeht — es ist jetzt über sechs Jahrzehnte her — wurde es nicht für nötig gehalten, die Fahrgäste nach Maßgabe ihrer Zahlungsfähigkeit in „Klassen“ zu sondern. Alle, die den Omnibus benutzten, zahlten gleich viel und saßen einträchtig nebeneinander. So blieb es ungefähr zwei Jahrzehnte hindurch bis zur Mitte der sechziger Jahre und niemand nahm Anstoß daran. Als dann aber das Omnibuswesen Berlins, das damals sich in den Händen zahlreicher, mit einander konkurrierender Unternehmer befand, zentralisiert wurde und den Berlinern eine Fahrpreiserhöhung aufgezwungen werden sollte, kam man auf den pfiffigen Einfall, nur für die Plätze im Inneren der Wagen den Preis zu erhöhen, für die Deckplätze aber an dem bisherigen Preis von einem Silbergroschen festzuhalten.

Pfiffig war das deshalb, weil man so den Unmut, den die Fahrpreiserhöhung in der Bevölkerung hervorrufen mußte, leicht und rasch beschwichtigen konnte. Die Unbemittelten waren es zufrieden, daß sie wenigstens die Deckplätze, die bei trockenem Wetter sogar die Begehrteren waren, zu dem bisherigen Preise benutzen durften — und die anderen Fahrgäste des Omnibus, die zwar auch nicht viel in die Suppe zu brocken hatten, aber doch ganz gern als „etwas Besseres“ gelten wollten, freuten sich, für den höheren Preis sich nun der „Elite“ der Omnibusfahrgäste zugesellen zu können. Dieser Zustand der Klassencheidung bestand dann länger als drei Jahrzehnte hindurch und erhielt sich in seinen letzten Reizen bis zum Jahre 1900. Er hörte auf, als die Verbilligung der Omnibusfahrpreise, die in der Mitte der achtziger Jahre durch die Einführung von 10 Pfennig-Teilsitzen (bei einem Preise von damals 20 Pf. für die ganze Tour) begonnen worden war, schließlich für den Omnibus den allgemeinen 10 Pfennig-Tarif gebracht hatte. Im Jahre 1901 belamen auch die letzten Omnibuslinien den 10 Pfennig-Tarif, womit im Omnibuswesen Berlins dem Unterschied zwischen „unten“ und „oben“ für immer ein Ende bereitet zu sein schien.

Nunmehr soll aber für die Automobilomnibusse, die die neueste Erfindung in unserem Omnibuswesen bilden, auf jene frühere Unterscheidung zurückgegriffen werden. Unten soll es bei dem bereits erhöhten Preis von 15 Pf. für die ganze Fahrt und 10 Pf. für Teilsitzen verbleiben, oben will man sich mit 10 Pf. für die ganze Fahrt begnügen. (Vom 15. Juli ab soll dieser Preis verhältnismäßig eingeführt werden.) Auch jetzt entschließt sich die Omnibusgesellschaft nur deshalb zu diesem Zugeständnis, weil sie die Unbemittelten nicht verlieren, den Zahlungsfähigeren aber für den höheren Preis eine Gegenleistung bieten will. Und auch diesmal wieder wird der Trick, den Zahlungsfähigeren die Möglichkeit der Absonderung von den Unbemittelten zu bieten, seine Wirkung nicht verfehlen und als Verhütungsmittel dienen.

Der fromme Handwirt.

In Berlin existiert ein Verein für die Armen, der sich die Aufgabe gestellt hat, das Wohl der Armen zu fördern, sie mit gesunden, billigen Wohnungen zu versehen. Er besitzt eine Anzahl Häuser, so in der Ackerstr. 139-142, Bernauerstr. 111-114 und Müllerstr. 53/53a. Diesem Verein ist das Vermieten von Wohnungen aber nicht Endzweck, sondern nur Mittel zum Zweck; er will die Gottesfurcht und fromme Sitte pflegen und wacht mit Argusaugen darüber, daß in seinen Häusern nach dieser Richtung alles in Ordnung ist. In vielen Fällen erreicht der Verein auch seinen Zweck. Unsere Flugblattverkäufer, die das Häusergebiet in der Ackerstr. und Bernauerstr. zu belegen haben, haben oft die Erfahrung machen müssen, daß so manche alte Weiswetter und bigotter Vetter in den Häusern ihr Heim aufgeschlagen haben. Welche Mittel angewandt werden, um nicht vollständig Gläubige dem Schoße der Kirche zuzuführen, dürfte aus folgendem Einzelfall ersichtlich sein: In einem dem Verein gehörigen Hause in der Müllerstr. wohnt ein Arbeiter — nennen wir ihn, da der Name nichts zur Sache tut Müller. Man hat glücklicherweise herausbekommen, daß Müller das Verbrechen auf dem Gewissen hat, seiner Ehe nicht vom Prediger den kirchlichen Segen erteilen zu lassen; er begnügt sich mit der dem Gesez genügende leiblichen Eheschließung vor dem Standesbeamten; auch die Kinder Müllers waren noch nicht getauft. Durch dem Verwalter wird dem M. nahegelegt, dieses Verbrechen gut zu machen und sich nachträglich des kirchlichen Segens zu vergewissern. Das wird dem M. mit der Drohung begehrlich gemacht: „Wer hier nicht kirchlich getraut ist, kann hier nicht wohnen.“ Später erhubigt sich der Verwalter danach, ob seiner Mahnung Rechnung getragen wird und als er am 25. Juni hört, daß das nicht der Fall ist, hat M. am 26. Juni die Kündigung in den Händen und muß das fromme Haus am 1. Oktober verlassen. Er kann nunmehr darüber Studien anstellen, daß der Zweck des „Vereins Berliner Armen“, gesunde und billige Wohnungen zu vermieten“ nur ein Dedmantel für seine mörderischen Bestrebungen ist. Und weil M. das nun erkennt hat, hat er sich entschlossen, der Straße, der er bisher noch dem Namen nach angehört hat, gänzlich den Rücken zu kehren durch Austrittserklärung vor dem Amtsgericht.

Ein weiteres neues Postamt in Groß-Berlin wird am 1. August eröffnet. Außer dem von uns schon angeforderten Postamt Niddorf 5 wird ein neues Postamt in Friedenau eingerichtet und zwar in dem Hause Cravachstr. 8/9. Die neue Anstalt enthält die Bezeichnung „Friedenau 2“. Sie bildet eine Zweigstelle des Postamts in Friedenau (Niddorf 40/41). Dieses bisher einzige Postamt in Friedenau führt vom 1. August an die Bezeichnung „Friedenau 1“. Das neue Postamt „Friedenau 2“ erhält Telegraphenbetrieb und Fernsprechautomaten. Bei der neuen Postanstalt können Postsendungen jeder Art und Telegramme eingeliefert sowie postlagernde Briefsendungen abgeholt werden. Die Einlieferung von Paketen findet jedoch nicht statt. Für den Verkehr mit dem Publikum ist das neue Postamt an Werktagen von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags geöffnet. An Sonn- und Feiertagen sowie am Geburtstage des Kaisers bleibt es geschlossen.

Durch das Hochwasser der Havel sind innerhalb des Flußgebietes die Landwirte in der Provinz Brandenburg empfindlich geschädigt worden. Die Uckermark führt seit beinahe 2 Monaten Hochwasser, durch welches die anliegenden Felder zum Teil bis zu einem Meter Höhe unter Wasser gesetzt sind. Der ungenüßliche Hochstand ist nicht nur durch die fortgesetzten Regengüsse herbeigeführt, sondern zum Teil durch Stauwasser der Elbe hervorgerufen. Von dem in beständigem Steigen befindlichen Strom ist das Hochwasser in die Havel zurückgetreten. Und die Wirkung dieses Stauwassers macht sich auf nahezu 20 Kilometer aufwärts bemerkbar. Die Heuernte in jener Gegend ist völlig vernichtet. Vielfach sind auch Kartoffelfelder in Mitleidenschaft gezogen, da selbst höher gelegene Terrains von dem ausnahmsweise hohen Wasser überschwemmt worden sind.

Erheblicher Wetterschaden ist auf den Berliner Rieselfeldern durch den Hagelschlag und Vorkbruch der letzten Tage angerichtet worden. Die südlichen Rieselfelder Gütergeh., Schenkenhof, Sputenhof, Großbeeren, Odorf sind am 21. Juni dieses Jahres, nachmittags um 5 Uhr, von einem aus Süden kommenden Hagelwetter betroffen worden. Wo das Wetter niederkam, wurde die Ernte total vernichtet. Ein langer und ziemlich breiter Streifen bezeichnet den Weg, den das Unwetter genommen hat. Als es vorüber war, lag alles wie gewohnt am Boden. Direktor Schröder, der persönlich das Wetter beobachten konnte, ordnete sofort an, daß ein Teil der Roggenfelder, die gerade in der Blüte standen, umgepflügt und mit Rüben und Sommermais bestellt wurden. Zwei Kommissionen aus unparteiischen Sachverständigen wurden beauftragt, die Wetterschäden festzustellen. Der Schaden für Odorf wurde auf rund 104 000 M. geschätzt. Auf den übrigen Gütern ist er ebenfalls bedeutend. Der Schaden bei der Administration Schenkendorf soll rund 60 000 M. und der von Großbeeren 15 000 M. betragen. Hierzu kommen noch die großen Verluste an der Obstternte. Odorf verlor den Verlust von zwei Drittel seiner auf 30 000 M. geschätzten prächtigen Obstternte. In Großbeeren schätzt man die Einbuße auf rund 10 000 M.

Während die südlichen Rieselfelder von dem Hagelwetter heimgesucht wurden, traf ein Vorkbruch nach dem anderen in den letzten Tagen die nördlichen Güter. Besonders Malchow hat schwer gelitten. Das Heu verfault, das Getreide liegt fast auf dem Boden und das Obst fällt ab. Der auf etwa 300 000 M. geschätzte Gesamtschaden wird wohl schwerlich noch in den nächsten Wochen ausgeglichen werden können.

Das zurückgeschickte gestohlene Bild. Das aus der Nationalgalerie gestohlene Bild ist vorgestern abend zurückgeschickt worden, da der Dieb nach den Veröffentlichungen in den Tageszeitungen und auch sonst getroffenen polizeilichen Maßnahmen nichts mehr damit anzufangen wußte. Das Bild war in Zeitungspapier gewickelt und dann in eine grüne billige Tapete mit einem großen rotenblauen Muster gehüllt, das Muster nach innen gekehrt. Das Paket war zugesperrt und mit vielen Siegeln versehen. Zum Zurücksenden der Tapete hat ein Fingerhut gedient. Aufgegeben wurde es auf dem Postamt 37, Berlin N., Schwedterstraße, am Nachmittag zwischen 3 und 4 Uhr, und gelangte am Abend um 7 Uhr mit der gewöhnlichen Post zur Nationalgalerie an seinen Bestimmungsort. Auf die Tapete war die Adresse geschrieben. Das Bild ist unbeschädigt geblieben.

Gleichzeitig wird ein neuer Museumsdiebstahl gemeldet. Aus dem Museum für Vorkbruch ist ein feines Hemd verschwunden, das aus Kuschha in Wien stammt, reiche Goldstickerei aufweist und am Kragen mit einer Leiste schottischer roter Seide versehen ist. Dieses Hemd wurde in einem Raume aufbewahrt, der dem Publikum nicht zugänglich ist, sondern nur von den Beamten und Angestellten betreten wird. Zuletzt wurde das Hemd am 21. Juni d. J. gesehen. Es kann daher nicht angegeben werden, zu welchem Zeitpunkt es abhanden gekommen ist.

Beim Baden ertrunken ist der Oberpostassistent Auffig, der seit Anfang vorigen Monats in Grünau auf Sommerwohnung weilte. A. nahm vorgestern in der Grünauer Badesaale ein Bad und schwamm aus dem abgegrenzten Teile der Anstalt hinaus bis ziemlich zur Mitte der hier sehr breiten Dahme. Plötzlich verschwand der Oberpostassistent in den Fluten, doch glaubten die Zuschauer, daß A., der ein sehr guter Schwimmer war, nur untergetaucht sei. Da er jedoch nicht wieder zum Vorschein kam, schwamm der Bademeister der Unfallsstelle zu, doch gelang es ihm nur, die Leiche des Auffig zu landen. Der Beamte ist allem Anschein nach von einem Krampfanfall betroffen worden und hat so seinen Tod gefunden.

In's Wasser gegangen

Ist am Mittwoch früh gegen 5 Uhr das Dienstmädchen des Schlächtermeisters Endreß in der Staligerstr. 141. Das junge Mädchen war mit der Schlächtermamsell am Dienstagabend zu einem Vergnügen gegangen und kehrte von diesem etwas sehr spät heim. Die Mamsell und das Dienstmädchen hatten zum Schlaf noch eine Konditorei besucht und um nicht aufzufallen, sich hier dahin verständigt, daß die letztere zuerst zu Hause gehen, während die Mamsell nachkommen sollte. In der Staligerstr. 141 angekommen, mußte das Mädchen wahrnehmen, daß der Schlächtermeister Endreß, dessen Frau verreist ist, von innen alles verriegelt hatte. Das Mädchen verfuhrte vom Hofe aus in ein hier belegenes Zimmer zu gelangen und kletterte auf ein Fensterbrett, um das Fenster zu öffnen. Das gelang ihr aber nicht; sie rutschte vielmehr ab und fiel in die Scheibe hinein. Dadurch wurde Meister Endreß wach, der sie nun in den Flur und in das Zimmer holte. Dann hörten Nachbarn, die munter geworden waren, das Mädchen laut schreien und den Weiser schimpfen: Freches Frauenzimmer, geht auf die Friedrichstraße usw. Nach dem Fortgang des Meisters verfuhrte sich das Mädchen zu erhängen, wurde aber abgeknippt und erholte sich wieder, worauf Herr Endreß seinen Gesellen nach der Polizei schickte. Als diese erschien, war das Dienstmädchen verschwunden. Nachbarn sahen es aus dem Fenster steigen und dem nahen Kanal direkt zufließen. Nicht lange darauf konnte das Endreßsche Dienstmädchen aus dem Wasser gezogen werden. Um 4 Uhr war es nach Hause gekommen, um 1/2 5 Uhr war es eine Leiche.

Uns wird noch von Kunden des Schlächtermeisters mitgeteilt, daß er mit seinem Personal stark wechselte. Ob das an den Leuten oder an dem Schlächtermeister liegt, konnten wir noch nicht unzweifelhaft feststellen.

Die Unfallsstation in der Badstraße wurde am Mittwochabend stark in Anspruch genommen. Fünf Verletzte mußten auf einmal die Station aufsuchen, um sich verbinden zu lassen; darunter der 23jährige Schuhmacher E. Ebert aus der Groviusstraße, der schwer

verletzt nach der Klinik in der Biegelstraße überführt werden mußte. Die Verletzungen rühren aus einem Streit her, der seinen Anfang in einem in der Dittmannstraße gelegenen Restaurant nahm, in dem der Wirt mit dem Schuhmacher wegen Billardspiels in Streit kam. Es wurde mit dem Bierkegel geschlagen, Ebert aus dem Lokal gewiesen, worauf sich mit Hilfe von Passanten eine regelrechte Meuterei entspann.

Ein Mensch statt einer Katze angeschossen. Auf dem Dönhofsplatz hat gestern mittag eine verhängnisvolle Schießaffäre berechtigtes Aufsehen hervorgerufen. In der letzten Zeit treiben sich in den Anlagen des erwähnten Platzes verwiderte Katzen herum, die den Eingewögeln arg nachstellen. Der zuständige Parkwächter mußte sich bald keinen anderen Rat, als die Tiere abzuschließen. So hatte er auch gestern mittag wieder eine Katze aus Korn genommen. Das Tier hatte sich in der Nähe des Bürgersteiges in einem Gebüsch aufgehoben. Der Wächter gab einen Schuß auf dasselbe ab, traf aber leider nicht den wilden Räuber, sondern den 40 Jahre alten Droschkenkutscher Karl Richter aus der Remelerstraße 81. R. hatte am Bürgersteig bei seiner Droschke gestanden und unglücklichweise traf ihn die Ladung. Das Geschöß drang ihm tief in den rechten Oberschenkel ein. Der Angeschossene wurde nach der Unfallsstation in der Brüderstraße gebracht, mußte aber von dort der königlichen Klinik zugeführt werden, da die Lage der Kugel nur durch Beleuchtung von X-Strahlen entdeckt werden kann.

Zwischen Krahn und Eisenbahnwagen zermalmt. Das Opfer eines furchtlichen Unglücksfalles ist gestern nachmittag der 47jährige Fabrikarbeiter Albert Vohm aus der Kolbergerstraße 23 geworden. V. hatte auf der Hamburger Güterbahn beim Verladen von eisernen Trägern geholfen. Mittels eines Krahnes wurden die schweren Eisenstücke nach den Güterwaggons befördert. Durch ein verhängnisvolles Versehen geriet V. plötzlich zwischen den Krahn und einen anfahren Güterwagen. Der Krahn wurde derartig eingeklemmt, daß ihm der Brustkasten nahezu eingebrückt und der Schädel halb eingeschlagen wurde. In völlig hoffnungslosem Zustande fand er in dem Virchow-Krankenhaus Aufnahme.

Durch einen umstürzenden Kälteapparat erschlagen. Einen traurigen Abschluß fand gestern abend das Spiel kleiner Kinder auf dem Hofe des Grundstückes Straßburgerstr. 64. Die Kleinen hatten untereinander Versteck gespielt, wobei sich der vierjährige Sohn der von ihrem Ehemann verlassenen Frau Müller hinter einem hochgestellten Kälteapparat verbarg. Durch eine starke Berührung anderer Kinder mit dem Apparat stürzte dieser um und fiel direkt auf den kleinen U. Unglücklichweise wurde der Kopf mit aller Gewalt getroffen und ein Schädelbruch herbeigeführt, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Todessturz eines Berliner Knaben aus dem Schnellzuge. Aus dem Berlin-Hamburger Schnellzuge ist gestern nachmittag in der Nähe der Station Vergehof der vierjährige Knabe Kallmann gestürzt, dessen Eltern in der Reinholdsdorferstraße 103 in Berlin wohnen. Frau Kallmann befand sich mit ihren beiden Kindern, dem Knaben und einem etwa sechsjährigen Mädchen, auf der Fahrt nach Hamburg, um ihre dort wohnenden Eltern zu besuchen. Die Kinder haben wahrscheinlich an dem Türdrücker gespielt; denn plötzlich sprang die Abteiltür auf, und der Knabe stürzte auf den Bahnskörper hinab, wo er mit einem schweren Schädelbruch bewußtlos aufgefunden wurde. Der Verunglückte sollte nach Anlegung eines Rotverbandes durch den Bahnarzt mit dem nächstfolgenden Personenzuge nach dem Hamburger Hafenkrankenhaus gebracht werden, doch verstarb er noch während des Transportes, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Der Schnellzug setzte, nachdem er durch die Rotbremse zum Halten gebracht worden war, und die Mutter des Kindes sowie einige andere Zeugen des Vorfalles ausgestiegen waren, die Fahrt fort.

Ein hartnäckiger Kampf gegen zwei Barbierbeden

führt die Polizei im 103. Polizeirevier. In diesem Revier befindet sich Kochhannstr. 11 ein Barbiergehäst. Von dem Inhaber dieses Geschäftes verlangte im vorigen Jahre die Polizei, er solle die beiden aushängenden Barbierbeden, die 2,13 Meter hoch angebracht sind, in einer Höhe von 3 Metern anbringen. Vellgardt, der Inhaber des Geschäftes, begab sich nach dem Revier, um dort mit dem Vorsteher Rücksprache zu nehmen. Nirgends seien die Barbierbeden so hoch angebracht, auch sein Vorgänger habe vier Jahre vor ihm in gleicher Höhe die Beden hängen gehabt, und niemand habe Anstoß daran genommen. Alles aber half nichts. V. erhielt durch einen Schuttmann den Befehl, entweder die Beden höher anzubringen oder abzunehmen. Da diese Beden aber gewissermaßen das Aushängeschild der Barbierere darstellen, entfernte V. diese nicht, konnte aber diese Abzeichen auch nicht gut höher anbringen, da er nebenbei war und beim höheren Anbringen nur mit Gefahr seines Lebens diese abends hätte abnehmen können. Außerdem, behauptet V., stehe einem Höherhängen der Beden ein über seinem Geschäft befindlicher Balken im Wege. Die Polizei fragte aber nicht nach diesen Einwänden, sondern schritt zu Gewaltmaßnahmen; es hagelte Strafmandate. Das erste Strafmandat vom 20. September 1906 lautete auf 5 M. Geldstrafe, weil die Beden nur in Höhe von 2 bezw. 2,20 Meter angebracht waren. Ein zweites Strafmandat datiert vom 15. Januar 1907. Diesmal waren es schon 10 M., weil das Fahnenbild nur in Höhe von 2,13 Meter angebracht war. Eine dritte Strafverfügung trägt den 11. Februar 1907 als Datum und lautet auf 8 M., weil die Barbierbeden sich in einer Höhe von ungefähr 1,80 Meter befänden. Am 7. Juni ergeht eine Verfügung, einen Kostenvorschuß von 30 M. an die Polizeihauptkasse zu zahlen. Sehr genau hat es die Polizei mit dem Maße nicht genommen. Obwohl die Höhe der Beden nicht verändert worden ist, wird die Höhe in den einzelnen Strafverfügungen sehr verschieden angegeben. Wir haben dieser Tage auf einem Gang durch verschiedene Straßen der Stadt auf die Höhe der Barbierbeden geachtet und müssen dem Barbier recht geben, daß fast nirgends diese Beden in der von dem Vorsteher des 103. Reviers verlangten Höhe angebracht sind. Daß durch diese fortwährenden Erhöhungen der Eiztanz ein kleiner Geschäftsmann zur Verzweiflung getrieben werden kann, ist erklärlich. V. hatte denn auch infolge der Aufzogen eine Heilanstalt aufsuchen müssen. Kürzlich ist er wieder zurückgekommen, aber der Kampf geht ruhig weiter. —

Am Sonnabend legte uns Herr Vellgardt die Strafmandate vor, am Mittwochabend lasen wir im Polizeibericht folgende trodene Notiz:

„Der Barbier Otto Vellgardt, 32 Jahre alt, versuchte sich in seiner Wohnung Kochhannstr. 10 mit Phosphor zu vergiften. Der von seiner Ehefrau gerufene Arzt gab Gegenmittel und ordnete die Ueberführung nach dem Krankenhaus an.“

Vergreifen nun unsere Leser den Zusammenhang? Wir meinen, die Polizei hätte nützlicheres zu tun, als in dieser Weise keinen Geschäftsmann das Leben sauer zu machen.

**Eine böse Stiefmutter.** Die sensationelle Verhaftung der Gattin eines praktischen Arztes, die am 19. Juni v. J. im Auftrage der Berliner Staatsanwaltschaft in Swinemünde vorgenommen war, wird am Dienstag kommenden Woche vor der zweiten Ferienkammer des Landgerichts II ihre Aufklärung finden. Vor dem genannten Strafgericht muß sich die Gattin des praktischen Arztes Dr. W. Frau Elise Bergmann, wegen Körperverletzung mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung verantworten und zwar ist die Mißhandlung die eigene vierzehnjährige Stieflochter Marie W. — Die Tatsachen, die zur Erhebung einer Anklage gegen Frau Dr. W. führten, sollen — wie verlautet — so entsetzlicher Natur sein, daß die Verhandlung vor der Strafkammer wieder einmal das Martyrium eines Stiefkindes aufrollen wird, wie es glücklicherweise nur selten ein Strafgericht beschäftigt. Die Mißhandlung ist die aus der ersten Ehe des zulezt in der Willowstraße wohnhaft gewesenen Dr. med. W. stammende Marie W., die jetzt 14 Jahre alt ist. Im Jahre 1905 heiratete Dr. W. das zweite Mal. Von Anfang an war der junge Frau das Stiefkind ein Dorn im Auge. Da die Ehe kinderlos blieb, so wendete der Vater seine Liebe in erster Linie seinem einzigen Kinde zu. Dies erregte in seiner Gattin einen furchtbaren Haß und häufig schrie sie das Kind an: „Du allein hast mir mein ganzes Eheglück zerstört!“ Ihrem Haß gegen die Stiefkinder soll Frau Dr. W. nun, wie behauptet wird, durch Mißhandlungen und Torturen aller Art Luft gemacht haben. Das einzige Kleid des Mädchens war ein dünnes Kattunkleidchen, während die Stiefmutter in den glänzendsten Toiletten prunkte. Obwohl Dienstmädchen vorhanden waren, mußte Marie W. jeden Morgen um 6 Uhr aufstehen, sämtliche Stuben reinigen, den Kehrweg heruntertragen und den Kohleneimer heraufschleppen. Am Familientisch durfte sie auch nicht essen, sondern ihr kärgliches Mädel, falls sie überhaupt etwas zu essen bekam, mußte sie in der Küche oder in einem dunklen Winkel verzehren. Auf Anordnung der Stiefmutter mußte das arme Kind auch auf einem von Wangen durchsauten Feldbett schlafen, welches in dem sogenannten Lichtbad aufgestellt war. In diesem Räume behandelte Dr. W. seine mit Hautleiden oder sonstigen häßlichen Krankheiten behafteten Patienten im elektrischen Lichtbad. Es wird sogar behauptet, daß es mehr als einmal passiert sei, daß die jetzige Angeklagte das Mädchen in den Lichtbad geteilt und sämtliche Glühlampen eingeschaltet habe, so daß eine kolossale Hitze entstand. Auf die schrecklichen Witten des Mädchens habe ihre Stiefmutter nur höhnisch gelacht und mit einem Rohrstock auf den aus dem Kasten herausragenden Kopf des Kindes eingeschlagen. Schließlich soll sie das Mädchen, welches schon irre redete und ohnmächtig wurde, an den Haaren herabgerissen und den nackten Körper mit dem Stode weiter bearbeitet haben. Ferner soll Frau Dr. W. dem Mädchen häufig, u. a. auch am 7. Februar, bei bitterer Kälte im Hemd an das offene Fenster gesetzt haben, um es angeblich „abzuhärten“. Um aus dem Kinde Geständnisse über alle möglichen angeblich begangenen Schandtaten herauszupressen, soll die Angeklagte des Nachts häufig mit Hilfe eines Lakens und einer weichen Larve Spul- und Gespenstererscheinungen an dem Bett des Mädchens inszeniert haben. Das Leiden des Stiefkindes kam schließlich zur Kenntnis der Polizei. Das Amtsgericht Berlin-Schöneberg beschloß auf Grund des § 1606 des Bürgerlichen Gesetzbuches die Unterbringung des Mädchens in anderweitige Pflege und Erziehung, da ein weiteres Verbleiben in der Familie der Eltern das Leben des Kindes gefährde und außerdem die Stiefmutter das leibliche und geistige Wohl des Mädchens in größtmöglicher Weise vernachlässige. Außerdem wurde die vorliegende Anklage wegen Mißhandlung erhoben. Die Angeklagte hat zu dem Termin durch Rechtsanwalt Dr. Schwandt und Justizrat Dr. Sellö einen umfangreichen Beweis dafür angetreten, daß sich die Richtigungen stets in dem Rahmen des ihr zustehenden Richtigungsrechts bewegt haben. Zu der Verhandlung, die sehr interessante Momente zur Sprache bringen wird, sind eine große Anzahl Zeugen geladen worden.

**Kinderspiele des Arbeiter-Turnvereins „Fichte“.**  
Gespielt wird am Sonntag, den 14. Juli: Friedrichshain von 9—12 Uhr vormittags, Sportplatz Wehmstraße (Ecke Wellermannstraße) von 9—12 Uhr vormittags, Treptow von 8 bis 11 Uhr vormittags, Jungfernhöhe von 8—11 Uhr vormittags. Die Teilnehmer treffen sich für den Spielplatz Friedrichshain um 8 1/2 Uhr am Kriegereisenbahnplatz, für den Sportplatz Wehmstraße am Bahnhof Gesundbrunnen um 8 1/2 Uhr, am Bahnhof Wedding am Rettelbedplatz (Rania-Säule) um 8 Uhr, am Bahnhof Schönhauser Allee um 8 Uhr, für den Spielplatz Jungfernhöhe am Bahnhof Weustelstraße um 8 Uhr und für den Spielplatz Treptow an der Oberreiterbrücke um 7 1/2 Uhr. Willkommen sind Kinder nicht nur von Turngenossen, sondern auch auf Kinder solcher Eltern, die dem Arbeiter-Turnverein „Fichte“ und überhaupt der Turnfrage fernstehen, wird gerechnet. Die Kinder werden nach Beendigung der Spiele wieder an die Sammelplätze zurückgeführt.

**Feuerwehrbericht.** Gestern früh um 9 Uhr erfolgte ein Alarm nach der Unionbrouerei in der Hofenstraße 22—24. Zuerst war dort überglüht. Die Gefahr konnte bald beseitigt werden. Früh um 4 1/2 Uhr mußte in der Wiedtischstr. 82 ein Kellerbrand gelöscht werden, der durch Selbstentzündung von Preßkuchen ausgekommen sein soll. In der Witschinerstr. 79 brannten vor einer Reibkammer Sägespäne, eine Kiste u. a.

## Vorort-Nachrichten.

**Der Verkehrsverband an der Nordbahn**  
hat in Hermsdorf eine große Versammlung abgehalten und zu dem Resultat der Konferenz seiner Vorstandsmitglieder mit dem Eisenbahnpräsidenten Stellung genommen. — Die Mitteilung, daß die Vertreter der Eisenbahnbehörde sich in allgemeinen Worten bewegt hätten und nichts erreicht worden sei, indem nicht einmal ein Termin für den Ausbau der Nordbahn

angegeben werden konnte, rief den größten Unwillen in der Versammlung hervor. Die Vertreter der einzelnen Gemeinden geißelten mit scharfen Worten die Mißstände auf den einzelnen Stationen. Straßen, welche täglich von 8000 Personen und 600 Fuhrwerken benutzt werden, seien noch nicht überbrückt, die Bahn kreuze sie vielmehr im Niveau. Auf einzelnen Stationen seien die Zustände geradezu ungeheuerlich. Häufig komme es vor, daß eine Schranke von den zumeist mit Arbeiten überlasteten Beamten erst in dem Augenblick geschlossen wird, wenn ein Zug schon herankommt. Nur mit Rücksicht auf die Beamten sei bisher nicht bei jeder Gelegenheit Anzeige erstattet worden. Ein schweres Unglück an einem dieser Uebergänge sei für die Dauer unvermeidlich. Im Westen von Berlin seien solche Zustände undenkbar, in jedem Jahre würden hier wesentliche Erweiterungen geschaffen, während es im Norden die Eisenbahnbehörde innerhalb zehn Jahren nicht einmal ermöglicht habe, den Grunderwerb für den Ausbau zu erledigen. — Die Versammlung wählte schließlich ein Agitationskomitee und beschloß Material über die Zustände an der Nordbahn zu beschaffen und eine große, öffentliche Protestversammlung der Nordbahn-Vorortsbewohner nach Berlin einzuberufen.

## Rixdorf.

**Der Riesen-Kohlenbrand auf der Rixdorfer Gasanstalt** im Dezember 1906 und Januar 1907 hat nach einem soeben erschienenen Berichte des Rixdorfer Magistrats einen Gesamtschaden von 21 215,42 M. zur Folge gehabt. Es sind allein für nahezu 10 000 M. Kohlen vernichtet worden. Die Lösungsarbeiten, zu denen bekanntlich auch Militär herangezogen wurde, haben 11 085 M. gekostet. Die Kohlenvorräte der Gasanstalt waren bei der Vaterländischen Feuerversicherungs-Aktiengesellschaft in Elberfeld gegen Feuergefahr versichert, die sich auch bereit erklärt hat, den eigentlichen Brandschaden und den größeren Teil der Lösch- und Aufräumungskosten zu tragen. Von den lagernden 400 000 Zentnern Gasföhlen sind trotz der wochenlangen Dauer des Brandes fast 300 000 Zentner unbeschädigt geblieben. Das Feuer war im übrigen, nach eingehender Prüfung durch Sachverständige, lediglich auf unvermeidbare Naturereignisse zurückzuführen, ein strafbares Verschulden städtischer Angestellter liegt nicht vor.

## Weißensee.

Die letzte Gemeindevorstandssitzung hatte sich wiederum mit dem Ortsstatut zur Heranziehung der Haus- und Grundbesitzer zu den Pfahlerkosten zu beschäftigen. Die Wertzuwachssteuer hatte nicht die Erregung unter den Beteiligten wachgerufen als dieses Ortsstatut. Dessenungeachtet und andere Versammlungen, Eingekandis in dem hiesigen Ortsblatt sprachen für und gegen und in der Gemeindevorstellung gab es erregte Debatten, bis so lange herumgelitert wurde, daß es in namentlicher Abstimmung gegen sechs Stimmen angenommen wurde. Herr König, der Vertreter der Bauerschaft für Mittelwohnungen, beantragte die namentliche Abstimmung, um seiner Gesellschaft zu zeigen, daß er bis zum letzten Augenblick ihr Interesse gewahrt hat, ja der arme Protestler mußte sogar seinen Sommerurlaub unterbrechen, konnte aber das sinkende Schiff nicht mehr retten. Auch Schöffe Rothe hatte einen sonderbaren Tag und sprach sehr viel vom Ruin des Hausbesitzers, trotzdem er vor nicht langer Zeit erst ein Grundstück mit 500jährigem Verdienst veräußerte. Das Statut, welches 9 Paragraphen umfaßt, besagt in der Hauptsache folgendes: Die Erhebung von Beiträgen erfolgt für die Herstellung von 1. Neupflasterungen sowie Umplasterungen von Straßenräumen mit bestem Material, wozu auch Asphalt, Holz und dergleichen zu rechnen ist; 2. Straßendurchbrüchen sowie Vorbereitungen von Straßen und Straßenteilen, wobei unter Vorbereitung auch Freilegung einer Straße entsprechend den bereits vorhandenen Grundlinien zu verstehen ist; 3. öffentlichen Plätzen und Parks sowie deren Vergrößerung. Inwieweit es sich um Straßenspflasterungen handelt, werden Beiträge von den Eigentümern der Grundstücke, über deren Frontlänge sich die Veranstaltung erstreckt, nach Verhältnis dieser Frontlänge erhoben, und zwar 25 Prozent der Gesamtkosten der Veranstaltung bei Straßen, die ganz gepflastert waren und 50 Prozent dieser Kosten bei Straßen, die nicht in voller Breite gepflastert waren. Hierbei werden die von dritter Seite aus besonderen Gründen zu zahlenden oder gezahlten Beiträge zu den Kosten der Veranstaltung von den Gesamtkosten der Veranstaltung nicht in Abzug gebracht. Falls die Neu- oder Umplasterung von Straßen, deren Anlieger nach den Bestimmungen dieses Ortsstatuts erstmalig zu Beiträgen herangezogen sind, künftig vor Ablauf von je 20 Jahren wiederholt wird, sollen Beiträge von den Anliegern nicht erhoben werden. Die bestehenden Ortsstatute betreffend die Straßenspflasterung nach dem Baufluchtengesetz und der Bürgersteigregulierung bleiben unberührt, so daß die erste Dammplasterung mit 100 Proz. bezahlt werden muß und bei einer eventuellen Bürgersteigregulierung der Hausbesitzer mit 75 Proz. zu den Kosten herangezogen wird.

## Röpenitz.

Unglückliche Schiefabstufungen Arbeitswilliger fanden nach und nach in den Mitteln am Freitag auf dem Schulneubau in der Kaiser Wilhelmstraße statt. Hier waren Akkordmänner und Steinträger als Arbeitswillige beschäftigt. An genanntem Tage versahen sich dieselben — wahrscheinlich um sich vor den bekannten „Verlastigungen“ Streikender zu schützen — mit Revolvern und hielten, um auch eine gefälschte Handhabung desselben zu erlangen, „Schiefabstufungen“ ab. Hierbei wurde der Steinträger Willi Baile durch einen Schuß in den Unterleib getroffen, so daß der Verletzte in das Röpenitzer Krankenhaus gebracht werden mußte.

## Vermischtes.

**Eisenbahnunfall in Lützenwalde.** In der vergangenen Nacht versagte bei der Lokomotive eines auf dem Lützenwalder Bahnhof rangierenden Güterzuges die Bremse. Der Zug fuhr mit voller Gewalt in einige vor dem Freiloch stehende beladene Güterwagen und zertrümmerte diese und deren Ladung vollständig. Auch die Maschine und Wagen des Rangierzuges wurden schwer beschädigt. Dem Lokomotivpersonal gelang es, durch Abpringen sich zu retten, doch haben beide Beamte erhebliche Hautabwühlungen erlitten. Die Strecke war im Bahnhof Lützenwalde durch die Trümmer versperrt,

so daß der Zugverkehr nur einseitig aufrecht erhalten werden konnte.

## Wierzig Personen unter Gebäudetrümmern.

Aus Riewitz wird gemeldet, in Philadelphia sei eine große Gießerei eingestürzt; vierzig Personen seien dabei ums Leben gekommen, fünfzehn Leichen seien geborgen.

Ein Großfenster brach nach einer Meldung aus Teramo vorgestern abend in der pyrotechnischen Fabrik Vascio in Città Sant'Angelo aus, bei dem vier Personen ums Leben kamen und mehrere schwere Verletzungen erlitten. Der Eigentümer soll unter den Trümmern begraben sein. Truppen und Beamte sind nach der Unglücksstelle abgegangen.

## Der Sprengschuß.

In einem in der Nähe der Stadt Bozen gelegenen Steinbruch ging ein Sprengschuß los, während die Arbeiter schliefen. Drei Arbeiter wurden sofort getötet, mehrere andere ziemlich schwer verwundet.

Eine abermalige Dynamitexplosion ereignete sich vorgestern in Johannesburg in dem Pumpwerk einer Goldmine, durch die das Pumpwerk beschädigt und das angrenzende Gebäude zum Einsturz gebracht wurde.

## Aus der Frauenbewegung.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

**Charlottenburg.** Mittwoch, den 17. Juli, im Volkshaus, Rosinenstraße 3, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung. Vortrag des Herrn Rasche über: „Die Seife und ihre wirtschaftliche Bedeutung.“  
**Lichtenberg.** Montag, den 15. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Schwarzen Adler“: Generalversammlung. Albert Störmer wird ein Referat über „Bau und Funktionen des menschlichen Körpers“ halten.

**Sozialdemokratischer Lehr- und Vortragsklub „Gosenclever“.** Heute abend 8 1/2 Uhr bei Korf, Wilschstraße 18: Sitzung. Gäste willkommen.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Handelsstraße Westseite, Durchgang nach Lindenstr. 101) wochentags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gedruckt 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Stills Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

**B. 100.** 1. und 2. Wein. 3. Ja, wenn nicht etwa abhällige Lösung vorlag. — **M. S. 100.** Ihre Mutter soll kleinsüßig bei dem Magistrat Abteilung für Versicherungsstellen Räumlicher Part den Antrag auf Invalidenrente stellen. — **M. P. 3000.** Vor erreichter Volljährigkeit könnten Sie die Klage nicht anstellen. — **G. B. 550.** Wenden Sie sich an einen Arzt. — **Ginholz.** Nach der von Ihnen geschilderten Lage würden Sie 12 M. für die Zeit bis zum 1. August zu zahlen haben. Ebenso für den August. Da keine andere Rindungsbefristung abgemacht ist, so kann bei der auf Monat genommenen Miete nach jedem Teil bis am 15. zum 1. geltend gemacht werden. — **Ebert 28.** Nein. — **Autobild 22.** 1. Die H. 2. kurz. — **G. G. Wien.** Ihre Ehe besteht auch für Österreich und überhaupt für das Ausland zu Recht. — **H. 12.** Sie können Erbschaft verlangen. Ob Ihnen überhaupt etwas zusteht, können Sie vielleicht aus den Vermögensverhältnissen erfahren, falls Ihr Vater zum zweitenmal geheiratet hat. — **Wette.** 1. Soweit uns bekannt zurzeit von 1500 M. ab. 2. Ja. 3. Von der Aufforderung zur Zahlung ab. 4. Wenn Sie in diesem Jahre aus der Kirche austraten, haben Sie vom Schusse des nächsten Jahres ab Kirchensteuer nicht mehr zu zahlen. — **P. 25. 100.** Die Deutsche Bank wie jede Bank nimmt Geld auch als Depot an und vergibt es. — **Mosabit 1000.** 1. Eine Ehefrau, die mindestens 200 Mark vor ihrer Heirat gelebt hat, kann innerhalb eines Jahres nach geschlossener Ehe Juridikation der Hälfte der Klebenmarkenbeträge verlangen. Den Antrag richtet sie schriftlich oder zu Protokoll an den Magistrat (Abteilung für Invalidenversicherung, Räumlicher Part). Anwerbmäßiger ist es, weiter zu versichern. Durch Kleben von mindestens 40 Mark in irgend welcher Klasse innerhalb je 2 Jahren erhält die Ehefrau durch Weiterleben ihren Anspruch aufrecht. 2. Steuerpflichtigkeit würde vorliegen. 3. Sie müßten auf Herausgabe beim Gericht klagen. — **J. 88.** In der Mietvertrags- und Hauspachtungsvertrag ein einheitlicher, so bindet er im vollen Maße auch den neuen Käufer. Ist er kein einheitlicher, so ist der neue freihändige Käufer an den Mietvertrag gebunden, kann also die Miete nicht einseitig erhöhen. In den Hauspachtungsvertrag wäre er dann nicht gebunden, Sie können aber Ihre vollen Rechte aus dem Vertrag gegen den früheren Eigentümer geltend machen. — **J. 2.** Die Reichsbank ist keine staatliche Bank, sondern eine Privatbank, aber mit maßgebendem Einfluß des Reiches. Das Nähere erfahren Sie aus dem Reichsbankgesetz, das in jeder öffentlichen Bibliothek einzusehen ist. — **M. R. 9.** Die Schiedsmänner finden Sie im II. Teil des Adreßbuches aufgeführt. — **M. W. 57.** 1. Ja. 2. Trauschein, die Geburtsurkunde und der Staatsangehörigkeitsausweis kann erforderlich werden. Zur Urteilung des letzteren sind für Bayern die Kreisregierungen zuständig. 3. Mehrere Monate. 4. Sie können das Gesuch schriftlich an das Polizeipräsidium richten. 5. Ja. Auf immer.

### Witterungsübersicht vom 11. Juli 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoh. mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Stationen	Barometer hoh. mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter
Swinemünde	765 RR	2	Regen	15	Naparanda	765 SB	2	bedekt	13
Damberg	767 RR	3	halb dd.	12	Betersburg	766 SH	1	Dunst	19
Berlin	765 RR	2	bedekt	15	Seibitz	775 RR	0	1 wolfl.	14
Frankf. a. M.	767 SB	2	Regen	12	Übersee	772 SB	2	wolfl.	12
München	768 SB	5	bedekt	11	Varis	773 RR	3	bedekt	11
Wien	765 RR	2	wolfl.	18					

### Wetter-Prognose für Donnerstag, den 12. Juli 1907.

Hiemlich kühl, teilweise aufklarend, vorherrschend wolfig mit leichten Regenschauern und mäßigen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

**Wasserstand am 11. Juli vorm.** Elbe bei Ruffig — Meter, bei Dresden — 1,08 sp. — Elbe bei Magdeburg 1,50 Meter. — Oder bei Rathor 4,54 Meter. — Oder bei Buelan 1,18 Meter. — Oder bei Bietz 2,72 Meter. — Neißemündung 2,00 Meter. — Rauh, 10. Juli, 9 h e i n 8 Uhr morgens 3,16 — 0,10 Meter. — Straßburg, 10. Juli, Rheinschleufe 3,81 + 0,09 Meter.

**Das große Volks-Fest**  
des Kreises **Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg**  
findet am kommenden **Sonntag, den 14. Juli**, in dem an der Oberspree gelegenen Etablissement **Hasselwerder in Nieder-Schöneweide** statt.  
**Doppel-Konzert, Massen-Gesänge, Turnerische Aufführungen, Reigenfahren, Wasser-Feuerwerk, Ball, Fackelpolonäse, Kasperle-Theater etc.**  
Auftreten d. Volksängergesellschaft **Lewandowski**. Um 8 Uhr: **Eröffnung der Kolonial-Ausstellung.**  
**Die Kaffeeküche ist von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends geöffnet.**  
Jedes Kind erhält am Eingang zwei **Bons**, von denen der eine zur Empfangnahme einer Stocklaterne und der andere zur beliebigen Benutzung des Karussells oder der Schaukel berechtigt.  
Von morgens 6 Uhr ab: **Früh-Konzert.**  
**Entree 25 Pf.** **Kinder frei.**

Das Etablissement **Hasselwerder** ist in zirka 10 Minuten vom Bahnhof **Nieder-Schöneweide-Johannisthal** zu erreichen, oder auf den Dampfern der **Tismer-Gesellschaft** von der **Schillingsbrücke** in Berlin direkt nach dem Lokal (Preis für die Dampferfahrt pro Person 20 Pf.).